

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	18/2021-2026
Datum	17.07.2023
Sitzungsbeginn	09:00
Sitzungsende	16:10
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende**Kreistagsvorsitzender**

Volkmann, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Biermann, Andrea

Prof. Dr. Danne, Harald

CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike

Bender, Anna-Lena

Bender, Matthias

Braun, Carsten

Herr, Christoph Alexander

Hundertmark, Michael

Irmer, Hans-Jürgen

Lenzer, Carmen

Müller, Armin

Müller, Jörg Michael
Müller, Leo
Panten, Ingo
Panten, Sascha
Petersen, Nicole
Schäfer, Lisa
Dr. Schönwetter, Tim
Schumacher, Silke
Prof. Dr. Silbe, Katja
Sommer, Sabine
Steinraths, Daniel
Steinraths, Frank

SPD-Fraktion

Arch, Stefan
Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Egler, Beatrix
Fay, Anja
Grimmer, Andrea
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Inderthal, Frank
Kunz, Cirsten
Lemler, Heinz
Polat, Murat
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schäfer, Mechthild
Schmidt, Ingrid
Scholl, Stefan
Weppler, Elke

B90/Die Grünen

Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Green, Emely
Hartmann, Lukas
Klement, Martina
Krohn, Martin
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Dr. Sattler, Daniel
Schelberg, Maria
Zühlsdorf-Michel, Carmen

FWG-Fraktion

Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Boch, Dunja
Esch, Gudrun
Fuchs, Hans-Werner
Lefèvre, Christa
Ludwig, Jörg

Peller, Michael
Dr. Viertelhausen, Andreas

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Hermann, Jacqueline Carina
Jakisch, Rudolf Georg
Mulch, Lothar
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Benner-Berns, Anna-Lena
Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE

Ohnacker, Christiane
Sitte, Kevin
Zborschil, Tim

fraktionslos

Hantusch, Thassilo

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Betz, Karin
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt-El Ansari, Kerstin
Horne, Eberhard
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Müller, Elisabeth
Nickel, Diethelm
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

Korschinsky, Eva
Müller, Katja

es fehlt entschuldigt

Breustedt, Michelle abwesend
Deusing, Kevin abwesend
Engel, Jürgen abwesend
Garotti, Dorothea abwesend
Gottsmann, Thomas abwesend

Krämer-Bender, Rabea abwesend
Wagner, Steffen abwesend

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Sitzungsteil A

TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

TOP 2.

Fragestunde

TOP 3.

Wahlen zur Nachbesetzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 3.1

Wahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfeausschuss des Lahn-Dill-Kreises

(VL-83/2023)

TOP 3.2

Wahl eines stimmberechtigten und eines stv. stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfeausschuss des Lahn-Dill-Kreises

(VL-150/2023)

TOP 4.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Fraktion

TOP 5.

Nachwahl von zwei wirtschaftlich und technisch besonders erfahrenen Personen für die Betriebskommission AWLD sowie zwei Stellvertretern

Sitzungsteil B

TOP 6.

Wahltag zur Wahl der Landrätin / des Landrates des Lahn-Dill-Kreises

(VL-153/2023)

TOP 7.

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2022

hier: Aufstellung

(VL-139/2023)

TOP 8.

Jahresabschluss 2022 der Lahn-Dill-Akademie

(VL-74/2023)

TOP 9.

Jahresabschluss 2022 der Abfallwirtschaft Lahn-Dill
(VL-70/2023)

TOP 10.

Auflösung der Gesellschaft MedReha Lahn-Dill GmbH
(MI-10/2023)

TOP 11.

Sponsoringbericht 2022
(MI-19/2023)

TOP 12.

Defizite aufgrund von Tarifsteigerungen bei den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege (ohne St. Elisabeth-Verein, dieser folgt, sobald der Tarifabschluss erfolgt ist)
(MI-20/2023)

Sitzungsteil C

TOP 13.

Grundhafte Sanierung der K 49 OD Sechshelden NK 5215 012 - NK 5215 0007 Str.-KM von 0,00 bis Str.-Km 1,00 gemeinsam mit der Stadt Haiger und den Stadtwerken Haiger
Überplanmäßige Ausgabe gemäß § 100 HGO
(VL-141/2023)

TOP 14.

Entscheidung über die Subvention von Mittagsverpflegung an Schulen
(VL-152/2023)

TOP 15.

Theodor-Heuss-Schule
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-16/2023)

TOP 16.

Reinigung an Schulen
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-17/2023)

TOP 17.

Einbürgerungsfeier
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-19/2023)

TOP 18.

Welcome-Center für Fachkräfte
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-21/2023)

TOP 19.

Unterstützung CVJM
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-22/2023)

TOP 20.

Notfallverbund Kulturgutschutz für den Lahn-Dill-Kreis
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-23/2023)

TOP 21.

Konzept zur politischen Bildung
Antrag der AfD-Fraktion vom 03.03.2023
(A-26/2023)

TOP 22.

Staatsangehörigkeitsrecht
Resolutionsantrag der AfD-Fraktion vom 09.03.2023
(A-27/2023)

TOP 23.

Resolutionsantrag gegen Resolutionsanträge
Resolutionsantrag des Abgeordneten Harapat (fraktionslos) vom 26.03.2023
(A-28/2023)

TOP 24.

Einführung des Smartphone-basierten Rettungssystems "Mobile Retter"
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2023
(A-34/2023)

TOP 25.

Rücknahme exorbitanter Preiserhöhung des RMV
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 22.06.2023
(A-35/2023)

TOP 26.

Langfristige Wasserstrategie für den Lahn-Dill-Kreis
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 22.06.2023
(A-38/2023)

TOP 27.

Personalbedarf Lahn-Dill-Kliniken
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 22.06.2023
(A-37/2023)

TOP 28.

75 Jahre Grundgesetz
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2023
(A-39/2023)

TOP 29.

Ausweisung von Waffenverbotszonen
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2023
(A-40/2023)

TOP 30.

Erhalt der Deponieausfahrt A45 / Behlkopf
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2023
(A-41/2023)

TOP 31.

Ausstattung THW
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23.06.2023
(A-43/2023)

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 18. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Andrea Biermann und Prof. Dr. Harald Danne und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt er die Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal und bei Youtube.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Er weist auf die Videoaufzeichnung der Sitzung hin und bittet um Mitteilung, wenn die Aufzeichnung von Redebeiträgen nicht gewünscht werde.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fährt fort, dass zu der Sitzung mit Schreiben vom 29. Juni 2023 form- und fristgerecht eingeladen worden sei. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden oder auf eigenen Wunsch digital. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 13. Juli 2023 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 28. Juni 2023 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt weiter mit, dass nach Absprache im Ältestenrat der Tagesordnungspunkt 7 und 13 in Sitzungsteil C verschoben wird. Der Tagesordnungspunkt 30 werde zwischen den Tagesordnungspunkt 26 und 27 eingeschoben.

Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion „Jugendfreizeiteinrichtung Tringenstein“

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) begründet die Dringlichkeit damit, dass die Kreisverwaltung beabsichtige, die Kreisjugendeinrichtung Erika-Hess-Feriendorf in Siegbach-Tringenstein nach den Sommerferien für die Unterbringung von Migranten zu nutzen und für die vorgesehene Nutzung durch Schüler- und Jugendgruppen zu schließen.

Abgeordnete Kunz (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit. Sie halte es nicht für dringlich, eine Debatte, vorbei an allen Faktenlagen zu führen. Dringlich sei es hingegen, Menschen, die Schutz suchten, unterzubringen und die Städte und Gemeinden darin so weit wie möglich zu entlasten.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen, die laut HGO eine 2/3 Mehrheit erfordere:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Die Dringlichkeit wird damit nicht festgestellt und der Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung gesetzt.

Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion „Aufnahmestopp“

Abgeordneter Mulch (AfD) begründet die Dringlichkeit damit, dass durch die Unterbringung von Migranten fortwährend an einer Verletzung des Grundgesetzes mitgewirkt werde.

Abgeordneter Irmer (CDU) spricht gegen die Dringlichkeit. Das Geforderte sei rechtlich nicht zulässig. Als Lahn-Dill-Kreis habe man die rechtliche Verpflichtung, die zugewiesenen Menschen auch aufzunehmen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen, die laut HGO eine 2/3 Mehrheit erfordere:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Die Dringlichkeit wird damit nicht festgestellt und der Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung gesetzt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie gilt somit als genehmigt.

Sitzungsteil A

Zu TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses

Verdienstausfallentschädigung nach Infektionsschutzgesetz

Landrat Schuster (SPD) teilt mit, dass der Lahn-Dill-Kreis am 01.01.2023 rund 3.700 offene Anträge vom Regierungspräsidium Darmstadt übernommen habe. Davon konnten bislang 1.340 Anträge abschließend bearbeitet werden. Es handele sich um den Arbeitgeberverdienstausfall bei Quarantänefällen wegen Corona. Im Januar bis Mai 2023 seien pro Monat im Durchschnitt 280 Neuanträge eingegangen. Dies bedeute, dass der seitens des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration aufgrund des Wegfalls der Regelung avisierte Antragsrückgang bis dato noch nicht spürbar sei. Dies liege an der Antragsfrist, die bei zwei Jahren nach Beginn des Tätigkeitsverbotes liege. In der Zeit vom 19.Mai bis 6. Juni hätten technische Probleme bei der Online-Fachanwendung vorgelegen, die von mehreren Bundesländern betrieben und den Gesundheitsämtern zur Verfügung gestellt werde. Dies habe zu einer verzögerten Antragstellung als auch Antragsbearbeitung geführt. Die Zahl der noch nicht bearbeiteten Anträge liege bei 3.800.

Nutzung von Wappen und Logo des Lahn-Dill-Kreises

Landrat Schuster (SPD) teilt mit, dass der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 12. Juli 2023 die Nutzung des Wappens sowie des Logos des Lahn-Dill-Kreises grundsätzlich nur für eigene Aufgaben des Landkreises zugelassen habe. Ausnahmegenehmigung in Einzelfällen behalte sich der Kreisausschuss vor.

Cybersicherheit

Landrat Schuster (SPD) teilt mit, dass seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine eine Zunahme von Cyberangriffen auch beim Lahn-Dill-Kreis verzeichnet werde. Besonders im April und Juni 2023 habe

es eine erhebliche Zunahme im Vergleich zu 2022 gegeben. Pro Tag würde zwischen 55.000 und 68.000mal versucht, in das Netzwerk des Kreises einzudringen. Dabei seien die Angriffe über die gesamte Erde verstreut auf alle Länder, die ans Internet angeschlossen seien. Zum Schutz der IT-Infrastruktur setze man auf ein mehrschichtiges Sicherheitssystem. Zum einen kämen Firewall und Einbrucherkennungssysteme zum Einsatz, zum anderen Virens Scanner und Scanner zur Erkennung anormalen Verhaltens. Daneben arbeite man mit einem renommierten externen IT-Sicherheitsdienstleister zusammen, der das IT-System rund um die Uhr überwache. Man erhoffe sich, dass bei erfolgreichem Eindringen in die IT-Systeme, dies frühzeitig erkannt werde und die Systeme automatisch vom Netz genommen würden. Einhundertprozentige Sicherheit könne nicht garantiert werden.

Zitat aus Bürgermeisterdienstversammlung

Landrat Schuster (SPD) bezieht sich auf einen Bericht in der Wetzlarer Neuen Zeitung vom 01.06.2023, über eine Bürgermeisterdienstversammlung am 31.05.2023. Er sei zitiert worden: „Die Aufsicht soll bei Vorgaben für Container wegschauen“. Dies weise er entschieden zurück. Es sei um eine Diskussion mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern über das Aufstellen von Containern gegangen. Es gebe hierzu unterschiedliche Regelungen zu den Energiestandards, je nachdem für welchen Zeitraum sie aufgestellt würden. Es sei nicht so, wie er zitiert worden sei. Der verantwortliche Zeitungsredakteur sei falsch informiert worden. Normalerweise werde angerufen und nachgefragt, ob das Zitat stimme. Das im Rahmen der Pressefreiheit Inhalte aus vertraulichen Sitzungen verwendet würden, sei in Ordnung, gefalle ihm persönlich aber nicht. Die Vorschriften würden gelten und eingehalten.

Landratswahl 2024

Landrat Schuster (SPD) bezieht sich auf die Landratswahl, die voraussichtlich am 9. Juni 2024 stattfinden werde. Er werde selbstverständlich an dieser Wahl teilnehmen - als Wähler, aber nicht mehr als Kandidat. Er werde zum Ablauf der Amtszeit seit 29 Jahren in einem Kommunalamt gewesen und 66 Jahre und 8 Monate alt sein. Vor dem Tod gebe es noch ein bisschen Leben, dass er sich gönnen wolle, sofern er bei den anstrengenden Zeiten gesund bleibe. Seine Amtszeit werde am 06.11.2024 enden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) bedankt sich für die Vorankündigung und spricht Landrat Schuster (SPD) großen Respekt für dessen geleistete Arbeit in den letzten Jahren aus.

Flüchtlingssituation

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) teilt mit, dass seitens des Landes 43 Personen pro Woche zur Zuweisung aus der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung angekündigt worden seien. Es sei damit zu rechnen, dass im 3. Quartal bis zu 564 Personen aufzunehmen seien. Stand 14.07.2023 wohnten insgesamt 6.769 Menschen mit Fluchthintergrund im Lahn-Dill-Kreis. Davon seien 3.694 Menschen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. In den letzten Wochen habe man als Kreis einige neue Einrichtungen anmieten können und sei in guten Gesprächen mit Städten und Gemeinden. Im August müsse man bis zu 100 Personen allen Städten und Gemeinden zuweisen.

Steigende Zahlen der Mitteilungen zur Kindeswohlgefährdung

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) teilt mit, dass die Zahlen der Mitteilungen zu Kindeswohlgefährdung ansteigen würden (2018: 502; 2022: 720). Dies sei auch pandemiebedingt. Der Anstieg bedeute eine gesteigerte Anforderung an die Abteilung für Kinder- und Jugendhilfe.

Deutsche Nachhaltigkeitswochen

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann (B90/Die Grünen) teilt mit, dass es eine Auftaktveranstaltung am 18. September geben werde. Es handele sich um ein Vernetzungstreffen der Akteure, zu dem hauptsächlich Ehrenamtliche eingeladen würden. Die Kommunen seien aufgefordert, entsprechende Bedarfe an die Stabstelle rückzumelden.

Park & Ride-Offensive

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann (B90/Die Grünen) teilt mit, dass die Deutsche Bundesbahn und das Bundesumweltministerium 100.000 Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen fördern wollten. Das Mobilitätsmanagement wolle den Kommunen entlang der Bahnhöfe helfen, koordinieren und fachliche Unterstützung anbieten. Die betreffenden Kommunen seien bereits informiert und einbezogen.

Stadtradeln

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann (B90/Die Grünen) teilt mit, dass das Stadtradeln noch bis zum Ende der Woche andauere. Bisher habe man 1.499 Radelnde verzeichnet (2022: 925). 290.382 Km seien gefahren worden (2022: 211.000 Km). Besonders erfreue, dass 18 Kommunen teilnehmen würden.

Zahl der Beschäftigten

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) berichtet, dass die Zahl der Beschäftigten im Lahn-Dill-Kreis weiter gestiegen sei (98.867 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte). Das verarbeitende Gewerbe funktioniere und sei robust. Im April habe man in diesem Bereich einen Anstieg von 2,5 % verzeichnet. Die Umsatzzahlen im Lahn-Dill-Kreis erfreulicherweise um 4,6 % gestiegen seien (deutschlandweit 0,5 %, hessenweit -1,3 %).

Fachkräftemarkt

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) teilt mit, dass man vor einer Woche 40 Experten der Region eingeladen habe. Man habe gemeinsam mit Vertretern der Goetheuniversität in Frankfurt und dem Institut für Wirtschaft und Arbeit diskutiert und in kleinen Gruppen gearbeitet. 4 Themenfelder seien identifiziert worden, an denen man in den nächsten Wochen und Monaten intensiv weiterarbeiten werde: 1. Ausbildung / Berufsausbildung 2. Potentiale von neuen Zielgruppen 3. Nachfragesenkung (neue Arbeitszeitmodelle in den Betrieben) 4. Attraktivität der Region und Arbeitgeber.

Eröffnung des Automuseums in Ewersbach

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) teilt mit, dass in Ewersbach das internationale Automuseum eröffnet habe. Es sei für die Öffentlichkeit ab dem 23. Juli begehbar. Man erhoffe sich wertvolle Impulse für den heimischen Tourismus. An das Museum sei eine Geschichtswerkstatt angegliedert, dass die Geschichte des Eisenlandes erzählt. Es sei außerdem vernetzt mit nationalen und internationalen Hochschulen (auch THM Mittelhessen), wovon man sich eine Vielzahl von Forschungsprojekten und intensiven Technologietransfer verspreche. Eine enge Vernetzung mit heimischen Schulen sei geplant, insbesondere im Zusammenhang mit den MINT-Berufen.

Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

Nachrücker Kreistag

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass Dominic Harapat (fraktionslos) auf eigenen Wunsch sein Kreistagsmandat niedergelegt habe. Für ihn rücke Niklas Hartmann in den Kreistag nach. Er begrüße Herrn Hartmann herzlich als neues Mitglied des Kreistages.

Frauen- und Gleichstellungskommission

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass die ausgeschiedene Abgeordnete Strehlau (B90/Die Grünen) stellvertretendes Mitglied in der Frauen- und Gleichstellungskommission gewesen sei. Der Wahlvorschlag enthalte keinen Nachrücker derselben Fraktion. Es sei kein anderer noch auf dem Wahlvorschlag befindlicher Nachrücker bestimmt. Der Platz bleibe somit frei.

Verwaltungsstreitverfahren AfD-Fraktion gegen den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass das Verwaltungsgericht Gießen den Antrag der AfD-Fraktion im Rahmen des Eilverfahrens abgelehnt habe. Das Gericht sehe die organschaftlichen Rechte der Antragstellerin im Rahmen der Beschlussfassung des Kreistages zur Bildung von Schulbezirken für die Berufsschulen im Lahn-Dill-Kreis nicht als verletzt an. Gegen diesen Beschluss könne noch Beschwerde eingelegt werden.

Fotografie im Kreistag

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass er das Interesse von Abgeordneten an dem Fertigen von Bildern im Sitzungssaal am Rednerpult durch kreiseigene Dienste mittels einer Liste erfragen wolle. Die Bilder könnten beispielsweise für die Social-Media-Arbeit verwendet werden. Das geplante Anfertigen der Bilder sei für die Abgeordneten kostenfrei. Wer Interesse habe, sich fotografieren zu lassen, möge sich in die umlaufende Liste eintragen, im Anschluss werde der Ältestenrat über das weitere Vorgehen beraten.

Zu TOP 2. Fragestunde

Frage des Abgeordneten Sitte (DIE LINKE) zum Transformationsnetzwerk

Abgeordneter Sitte (DIE LINKE):

Vorbemerkung: „Die Industrie im Lahn-Dill-Kreis ist großen Veränderungen ausgesetzt. Nur wenn die Transformation angegangen wird, können Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Für die Industrie an Lahn und Dill muss eine Wachstumsperspektive entwickelt werden, damit ein fairer Wandel gelingt und es auch morgen noch genug gute Arbeit für alle gibt.“

Frage: „Gibt es ein Transformationsnetzwerk im Lahn-Dill-Kreis?“

Zusatzfrage: „Wenn ja: Wie werden die Gewerkschaften an diesem Transformationsnetzwerk beteiligt?“

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) antwortet mit ja. Die Gewerkschaften seien angemessen beteiligt. Er habe in mehreren Kreistagssitzungen hierüber berichtet, zuletzt am 19. Dezember 2022. DGB und IGMetall seien beteiligt als Geber und Unterzeichner des Letter of Intents. Sie seien vom Regionalmanagement als Konsortialführer dieses Netzwerkes am 31. Januar beteiligt worden. Im Lahn-Dill-Kreis selbst habe es bereits mehrere Treffen mit der IG Metall gegeben und auch mit dem DGB sei ausführlich gesprochen worden. Ein Folgetreffen sei für das 2. Halbjahr 2023 geplant.

Ferner seien die Sozialpartner zu der großen Kick-off-Veranstaltung am 25. Mai 2023 in Marburg eingeladen. Am 02. Juni 2023 habe ein weiteres Treffen mit dem Mitarbeiter „Transfer Wirtschaftsregion“ und Herrn Grundmann von der IG Metall Bezirksleitung Frankfurt stattgefunden. Im 3. Quartal 2023 werde ein Fachbeirat unter Beteiligung der Sozialpartner initiiert. Hierüber seien sie allerdings zu spät informiert worden. Insgesamt sei der Fachbeirat selbst erst spät aufgerufen worden. Insgesamt könne festgestellt werden, dass man mit IG Metall und DGB sehr intensiv im Gespräch sei.

Frage der Abgeordneten Ohnacker (DIE LINKE) zur Gynäkologische Abteilung Standort Dillenburg

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE):

Vorbemerkung: „Durch die Schließung der Entbindungsstation der Dillklinik Dillenburg und den begleitenden Diskussionen darüber stellte sich schon in der Vergangenheit die Frage ob es trotz des demographischen Wandels und des damit einhergehenden Fachkräftemangels noch möglich sein wird, die bisher noch vorhandene operative Gynäkologische Abteilung in Dillenburg zu erhalten. Am 31.12.2023 wird voraussichtlich ein Facharzt dieser Abteilung in den Ruhestand gehen.“

Frage: „Kann die operative Gynäkologische Abteilung am Standort Dillenburg der Lahn Dill Kliniken auch im Jahr 2024 weitergeführt werden?“

Zusatzfrage: „Wieviel Ärzte und/oder Ärztinnen wurden im Jahr 2023 für den Fachbereich Gynäkologie in dem gesamten Klinikum, unabhängig des Standortes eingestellt?“

Landrat Schuster (SPD) antwortet, dass beide in Dillenburg tätigen Belegärzte keine angestellten Ärzte der Lahn-Dill-Kliniken seien. Sie seien Freiberufler. Beide in Dillenburg tätige Belegärzte in der Gynäkologie hätten ihr Interesse bekundet, über den 31.12.2023 hinaus als Belegarzt tätig zu sein. Trotz intensiver Suche hätte man keine weiteren Belegärzte finden könne. Da Voraussetzung für eine belegärztliche Abteilung in der Gynäkologie mindestens 3 Fachärzte seien, hätten die Lahn-Dill-Kliniken beim Landekrankenhausausschuss den Antrag auf Betrieb der Abteilung mit nur 2 Fachärzten gestellt. Der Landekrankenhausausschuss habe dieser Ausnahme jedoch nur bis zum 31.12.2023 zugestimmt. Derzeit liege dem Hessischen Sozialminister eine Anfrage bzw. Antrag des Kreises vor, den Weiterbetrieb dennoch zu genehmigen. Im Fachbereich Gynäkologie seien in 2023 kein Facharzt eingestellt worden. Derzeit seien in diesem Fachgebiet in Wetzlar alle Oberarztstellen besetzt. Es werde lediglich ein Assistenzarzt gesucht.

Frage des Abgeordneten Zborschil (DIE LINKE) zum Beschluss Schulbezirkssatzung

Abgeordneten Zborschil (DIE LINKE)

Vorbemerkung: „Im Zuge der Berichterstattung rund um die Verabschiedung der Schulbezirkssatzung ist durch die Presse bekannt geworden, dass anders als von den Schulleiterinnen und Schulleitern bei der Vorstellung ihres Konzeptes versichert, die Gesamtkonferenz der Gewerblichen Schulen Dillenburg diesem nicht zugestimmt hat und deshalb zwischenzeitlich über 20 Dienstaufsichtsbeschwerden gegen den Leiter der Berufsschule eingegangen sind.“

Frage: „Ist angesichts dieser Vorfälle der Beschluss der Schulbezirkssatzung, der auf einer anderen Informationsgrundlage gefasst wurde, aus Sicht des Kreisausschusses überhaupt noch aufrecht zu erhalten?“

Zusatzfrage: „Falls ja, wie will der Kreisausschuss der Unzufriedenheit und dem offenkundigen Widerstand bei Schulleitung, Lehrerinnen und Lehrern, der Elternschaft, der IG Metall sowie der IHK gegen die beschlossene Satzung konstruktiv entgegenwirken?“

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) antwortet, dass die Umstände, unter denen die Schulbezirkssatzung beschlossen worden sei, bekannt seien. Insgesamt gebe es keinen Grund an der Rechtswirksamkeit der Schulbezirkssatzung zu zweifeln. Dafür spreche insbesondere, dass man seit einiger Zeit auch die Genehmigung dieser Satzung habe. Es gebe keinen Grund, diese nicht aufrecht zu erhalten – sie sei gültig. Ob eine Unzufriedenheit bei allen vorliege, lasse er offen. Jedenfalls seien nicht alle einverstanden gewesen. Man habe aus der Situation gelernt und habe sich besser vernetzt. Es gebe einen regen Austausch mit der IHK, Kreishandwerkerschaft, Hessenmetall, Schulen und Staatlichem Schulamt, um solche Missverständnisse, wie sie passiert seien, zukünftig nicht mehr geschehen zu lassen. Die Termine seien bereits vereinbart. Man könne mit Zuversicht darauf schauen, wie die gefundene Kompromisslösung umgesetzt werde. Derzeit habe er noch keine aktuellen Informationen, wie viele Zerspaner in Dillenburg ausgebildet werden können und ob eine Klasse zustande komme.

Frage des Abgeordneten Sascha Panten (CDU) zur Mandatsausübung des Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten

Abgeordneten Sascha Panten (CDU):

Frage: „Ist es richtig, dass der Regierungspräsident dem Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand nahegelegt hat, von seinem Mandat in der Gemeindevertretung in Dietzhölztal Abstand zu nehmen?“

Zusatzfrage: „Wie sieht hier die weitere Vorgehensweise seitens Herrn Aurand aus?“

Landrat Schuster (SPD) antwortet, dass persönliche Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten an Mitglieder des Kreisausschusses dem Kreistag nicht öffentlich kundgetan würden. Die HKO regule die Vereinbarkeit von Ämtern abschließend. Nach § 39 HKO sei die Wahrnehmung der Aufgaben eines Kreisbeigeordneten mit der gleichzeitigen Funktion als Gemeindevertreter zulässig und kein Ausschließungsgrund. Ein Ausschließungsgrund nach § 39 Abs. 2 Nr. 4 HKO wäre nur dann gegeben, wenn ein Kreisbeigeordneter gleichzeitig Mitglied eines Gemeindevorstands oder Magistrats wäre. Darüber hinaus sei organisatorisch auch festgelegt, dass der Hauptamtliche Kreisbeigeordnete keine Vertretung des Landrates oder des Ersten Kreisbeigeordneten im Rahmen der Kommunalaufsicht wahrnehme, so dass kein Fall des § 39 Abs. 2 Nr. 3 HKO vorliege. Dies sei auch mit dem Regierungspräsidium geklärt.“

Zu TOP 3.

Wahlen zur Nachbesetzung des Jugendhilfeausschusses

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass die AfD-Fraktion im Ältestenrat geäußert habe, dass in Bezug auf alle anstehenden Wahlen der Kreistagssitzung der offenen Abstimmung widersprochen und geheime Wahl gewünscht werde. Die Wahlen unter TOP 3 bis 5 würden daher verbunden und schriftlich und geheim durchgeführt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) bittet den Wahlvorstand, die Wahlen durchzuführen. Er unterbricht die Videoaufzeichnung und die Sitzung für die Wahlhandlung. Die Abgeordneten werden zur Wahl aufgerufen.

Zu TOP 3.1

Wahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfeausschuss des Lahn-Dill-Kreises
VL-83/2023

Seitens der Lebenshilfe Wetzlar liegt folgender Wahlvorschlag für ein stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss vor:

Martina Strube

Nach Abschluss der Auszählung schließt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** den Wahlvorgang und verkündet das Wahlergebnis:

Abstimmungsergebnis für Strube, Martina:

Ja-Stimmen: 44

Nein-Stimmen: 7

Stimmenthaltungen: 7

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass Martina Strube als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss gewählt worden sei.

Zu TOP 3.2

Wahl eines stimmberechtigten und eines stv. stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfeausschuss des Lahn-Dill-Kreises
VL-150/2023

Seitens des Bezirksjugendrings Dill e. V. liege folgender Wahlvorschlag für ein stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss vor:

Möller Kerstin

Seitens des Bezirksjugendrings Dill e. V. liege folgender Wahlvorschlag für ein stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss vor:

Bomke, Michael

Nach Abschluss der Auszählung schließt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** den Wahlvorgang und verkündet das Wahlergebnis:

Abstimmungsergebnis für Möller, Kerstin:

Ja-Stimmen: 52

Nein-Stimmen: 6

Stimmenthaltungen: 5

Abstimmungsergebnis für Bomke, Michael:

Ja-Stimmen: 49

Nein-Stimmen: 6

Stimmenthaltungen: 4

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass Kerstin Möller als stimmberechtigtes Mitglied und Michael Bomke als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss gewählt worden seien.

Zu TOP 4.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass seitens der AfD-Fraktion ein Wahlvorschlag für eine sachkundige Person und stellvertretende sachkundige Person für die Frauen- und Gleichstellungskommission, nach dem Beschluss des Kreisausschusses vom 24.11.2021, eingereicht worden sei.

Sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation:

Herrmann, Nadine

Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation:

Gottsmann, Rita

Nach Abschluss der Auszählung schließt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** den Wahlvorgang und verkündet das Wahlergebnis:

Sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:

Abstimmungsergebnis für Herrmann, Nadine:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 46

Stimmenthaltungen: 5

Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:

Abstimmungsergebnis für Gottsmann, Rita:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 45

Enthaltungen: 6

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass die seitens der AfD-Fraktion vorgeschlagenen

Personen nicht als sachkundige Person bzw. stellvertretende sachkundige Person gewählt worden seien. Die Positionen blieben daher unbesetzt.

Zu TOP 5.

Nachwahl von zwei wirtschaftlich und technisch besonders erfahrenen Personen für die Betriebskommission AWLD sowie zwei Stellvertretern

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen CDU und B90/Die Grünen für die Wahl von zwei wirtschaftlich und technisch besonders erfahrene Personen in der Betriebskommission Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Lahn-Dill (AWLD) vorliege:

Heinz Schreiber
Jens Nießmann

Außerdem liege ein Wahlvorschlag der AfD-Fraktion vor:

Esther Mulch

Nach Abschluss der Auszählung schließt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** den Wahlvorgang und verkündet das Wahlergebnis:

Abstimmungsergebnis für Schreiber, Heinz:

Ja-Stimmen: 49
Nein-Stimmen: 11
Stimmenthaltungen: 1

Abstimmungsergebnis für Nießmann, Jens:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 15
Enthaltungen: 13

Abstimmungsergebnis für Mulch, Esther:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 34
Enthaltungen: 19

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass Heinz Schreiber und Jens Nießmann als wirtschaftlich und technisch besonders erfahrene Personen in die Betriebskommission AWLD gewählt worden seien.

Widerspruch oder Einwände gegen das ordnungsgemäße Durchführen der Wahlen ergeben sich auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** nicht.

Sitzungsteil B

Zu TOP 6.

Wahltag zur Wahl der Landrätin / des Landrates des Lahn-Dill-Kreises
VL-153/2023

Beschluss:

Als Wahltag zur Wahl der Landrätin/des Landrates des Lahn-Dill-Kreises wird Sonntag, der 9. Juni 2024 festgelegt.

Als Stichwahltermin wird Sonntag, der 30. Juni 2024 bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 7.

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2022

hier: Aufstellung

VL-139/2023

Beschluss:

1. Der als Anlage beigefügte Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises zum 31.12.2022 wird gem. § 112 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO aufgestellt und der Abteilung Revision zur Prüfung vorgelegt.
2. Der Jahresabschlussbericht 2022 wird dem Kreistag und dem RP Gießen zur Kenntnisnahme vorgelegt

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 8.

Jahresabschluss 2022 der Lahn-Dill-Akademie

VL-74/2023

Beschluss:

- a) Der als Anlage beigefügte Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Lahn-Dill-Akademie wird mit seiner Gesamtbilanzsumme in Höhe von 1.446.975,84. € sowie einem Gesamtjahresergebnis in Höhe von -282.824,24 € entsprechend der Prüfung durch die SBBR GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (vormals Fricke/ Dr. Hilberseimer/ Schule und Partner mbB) genehmigt und festgestellt.
- b) In Anlehnung an § 114 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.
- c) Das Gesamtergebnis in Höhe von -282.824,24 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

62 Ja-Stimmen (18 CDU, 18 SPD, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

6 Nein-Stimmen (5 AfD, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 9.

Jahresabschluss 2022 der Abfallwirtschaft Lahn-Dill

VL-70/2023

Beschluss:

- a) Der als Anlage beigefügte Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Lahn-Dill wird mit seiner Gesamtbilanzsumme in Höhe von 37.540.156,73 € sowie einem Gesamtjahresergebnis in Höhe von 1.040.099,55 € entsprechend der Prüfung durch die SBBR GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (vormals Fricke/ Dr. Hilberseimer/ Schule und Partner mbB) genehmigt und festgestellt.
- b) In Anlehnung an § 114 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

c) Das Gesamtergebnis in Höhe von 1.040.099,55 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

62 Ja-Stimmen (18 CDU, 18 SPD, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

6 Nein-Stimmen (5 AfD, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 10.

Auflösung der Gesellschaft MedReha Lahn-Dill GmbH

MI-10/2023

Inhalt der Mitteilung:

Der Kreistag nimmt die Auflösung der Gesellschaft MedReha Lahn-Dill GmbH, Tochtergesellschaft der Lahn-Dill-Kliniken GmbH, zur Kenntnis.

Zu TOP 11.

Sponsoringbericht 2022

MI-19/2023

Inhalt der Mitteilung:

Der Sponsoring-Bericht für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen

Zu TOP 12.

Defizite aufgrund von Tarifsteigerungen bei den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege (ohne St. Elisabeth-Verein, dieser folgt, sobald der Tarifabschluss erfolgt ist)

MI-20/2023

Inhalt der Mitteilung:

Die Entscheidung des Verwaltungsvorstands zur Übernahme der Defizite aufgrund von Tarifsteigerungen bei den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege wird zur Kenntnis genommen.

Sitzungsteil C

Zu TOP 13.

Grundhafte Sanierung der K 49 OD Sechshelden NK 5215 012 - NK 5215 0007 Str.-KM von 0,00 bis Str.-Km 1,00 gemeinsam mit der Stadt Haiger und den Stadtwerken Haiger

Überplanmäßige Ausgabe gemäß § 100 HGO

VL-141/2023

Abgeordneter Mulch (AfD) führt aus, dass es teurer werde, wenn man die Infrastruktur vernachlässige und die erforderlichen Maßnahmen immer wieder aufschiebe. Er lobt, dass man sich in der Begründung der Vorlage die Unabweisbarkeit, Deckung und Unvorhersehbarkeit nachvollziehbar erläutert habe.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag stimmt gemäß § 100 HGO einer überplanmäßigen Auszahlung zur Mitteldeckung für die Auftragsvergabe der grundhaften Erneuerung der Kreisstraße K 49 in der Ortsdurchfahrt Sechshelden in Höhe von 380.200,- €. zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 14.

Entscheidung über die Subvention von Mittagsverpflegung an Schulen

VL-152/2023

Abgeordneter Sitte (DIE LINKE) sieht in der Deckelung der Kosten für das Mittagessen an Ganztagschulen das Mindeste, was getan werden könne. 4 € täglich seien für viele Familien immer noch eine finanzielle Belastung. Ziele solle daher aus seiner Sicht eine komplette Kostenübernahme mit Unterstützung des Landes sein.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass das Mittagessen an Schulen im Lahn-Dill-Kreis mit Beginn des Haushaltsjahres 2024 bis zunächst zum Ende des Schuljahres 2025/26 (31.07.2026) auf einen festgelegten Betrag (4,00 €/Essen) gedeckelt wird.

Folgende Mittel werden in den beiden Folgejahren zusätzlich bereitgestellt:

2024: 160.000,00 €

2025: 175.000,00 €.

2026: 105.000,00 €

Rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsberatungen für das Jahr 2026 ff. erfolgt die Vorlage eines Entscheidungsvorschlages für die weitere Handhabung ab 01.08.2026.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 15.

Theodor-Heuss-Schule

Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023

A-16/2023

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) weist darauf hin, dass über die Ereignisse ausführlich am 12. Juli im Bau- sowie Schulausschuss berichtet worden sei. Der erste Teil des Antrages sei daher erledigt. Was den letzten Satz angehe, bitte er den Kreisausschuss, im Interesse des Sportes und der Schülerschaft, Informationen zu liefern.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) informiert, dass man bereits vor einem Jahr die Sporthalle ausgeschrieben habe. Man habe einen Bieter, mit dem noch verhandelt werde. Er biete an, über die Konditionen im Fachausschuss eingehender zu sprechen.

Abgeordneter Irmer (CDU) sieht die Reihenfolge als nicht stimmig an. Zur Grundlage eines Beschlusses über die beste Lösung für das Parkhaus brauche man verlässliche Zahlen. Ein früherer Antrag auf Durchführung einer Vergleichskostenberechnung sei jedoch abgelehnt worden. Wenn man das Parkhaus selbst gebaut hätte, wäre dies aus seiner Sicht günstiger gewesen, als mit einem privaten Investor zu bauen. Man erhalte die Zahlen jetzt zu einem Zeitpunkt, wo alle Entscheidungen getroffen seien. Wegen der Sporthalle werde seit einem Jahr mit einem Betreiber verhandelt, ohne dass man wisse, wie es weitergehe.

Abgeordneter Esch (FWG) kündigt an, dass man sich über die Alternativen zur Sporthalle in der Fachausschusssitzung unterhalten werde. Der Eindruck, dass man das gleiche habe machen können,

wie der Investor, sei falsch. Man sei nach der HGO nicht dazu berechtigt, wirtschaftlich tätig zu werden und etwa Parkflächen zu vermieten.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) hält das Vorgetragene für falsch. Man dürfe Maßnahmen ergreifen, die eigen- oder fremdwirtschaftlich sind, wenn man die Gründungsszenarien der HGO anbiete. Wenn der wesentliche Zweck des Parkhauses die Eigenwirtschaftlichkeit sei, dürfe es kreisseitig betrieben und fremdvermietet werden.

Abgeordneter Esch (FWG) teilt mit, dass sich seine Aussage auf § 121 Abs. 1 Nr. 3 HGO beziehe.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den letzten Satz des Antrages der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt darzustellen, wann die Parkplätze für Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrer der Theodor Heuss Schule inklusive Parkhaus zur Verfügung stehen. Weiterhin wird der Kreisausschuss gebeten darzulegen, welche Mietkosten für Schüler und Lehrer im Parkhaus pro Stunde/Tag/ gegebenenfalls pro Monat (Sondertarif?) entstehen. Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, wie der Stand der Planung des Bau der Sporthalle ist und welche Kosten dem Kreis in Form von Stunden, Miete inklusive Nebenkosten für die schulische Nutzung entstehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, o Enthaltungen

Zu TOP 16.

Reinigung an Schulen

Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023

A-17/2023

Abgeordneter Irmer (CDU) führt aus, dass es wünschenswert sei, die Regelung aus Coronazeiten beizubehalten. Zum Wohlfühlklima an Schulen gehörten Sauberkeit und Ordnung. Er begrüße, dass der Kreisausschuss zwischenzeitlich beschlossen habe, ab April an Grundschulen täglich zu reinigen. An den beruflichen und weiterführenden Schulen sei dies auch machbar. Außerdem sollten Verbesserungsvorschlägen der Schule in Erfahrung gebracht werden.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) hat Bedenken wegen zu erwartender Mehrkosten. Es würden lediglich die Symptome bekämpft. Stattdessen sollten Eltern und Schülerschaft durch jährlich stattfindende Infoveranstaltungen zu Beginn eines Schuljahres sensibilisiert werden und konkrete Verhaltensregeln erhalten. Parallel solle die Aufsicht und Kontrolle durch Lehrkörper verstärkt und Fehlverhalten sanktioniert werden.

Abgeordneter Sitte (DIE LINKE) sieht im Hinblick auf die Erfahrungen der Vergangenheit keine finanzielle Mehrbelastung für den Kreis. Er würde sich wünschen, dass das Reinigungspersonal wieder beim Kreis beschäftigt sei und fair und gut bezahlt werde.

Abgeordneter Ludwig (FWG) hält den Vortrag der AfD-Fraktion für sachfremd. Er schlägt vor, den Antrag an den Bauausschuss zur endgültigen Beschlussfassung zu verweisen, damit man sich dort im Detail mit der Materie beschäftigen könne.

Da sich keine Gegenrede erhebt, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Geschäftsordnungsantrag auf endgültigen Verweis des Antrages der CDU-Fraktion in den Bauausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 17.

Einbürgerungsfeier

Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023

A-19/2023

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) möchte, dass die Einbürgerung im Lahn-Dill-Kreis mit einem feierlichen Akt begangen werde, wie es dem Anlass angemessen sei. Die Übergabe einer Urkunde sei nicht ausreichend sei. Es handele sich um die Aufnahme in eine Staatengesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht nur Möglichkeiten biete, sondern auch Verpflichtungen mit sich bringe und zur Teilhabe am gesamten öffentlichen Leben berechtige. Politik und Verwaltung, vertreten durch den Kreistagsvorsitzenden und den Landrat, sollten daher gemeinsam eine würdige Veranstaltung durchführen.

Abgeordneter Mulch (AfD) (in wörtlicher Rede, auf Antrag der Abgeordneten Kunz (SPD)): „Er zitiert einen Satz aus der Begründung des CDU-Antrages „Ziel ist es, dass Neubürgerinnen und Neubürger stolz auf unser Land und ihren Platz darin blicken können.“ Und da liegt das Problem. Warum sollen die das tun. Haben wir doch schließlich einen Mann in das Amt des deutschen Staatsoberhauptes gebracht, der sich wand, als es darum ging, eine Selbstverständlichkeit über die Lippen zu bringen, nämlich den Satz, dass er stolz darauf sei, ein Deutscher zu sein. Und der dann ergänzte, er könne nicht stolz darauf sein. Ich glaube, das ist ziemlich einmalig unter den fast 200 Ländern auf diesem Planeten. Aber auch für unseren verstorbenen Bundespräsidenten gilt „De mortuis nihil nisi bene“ und deshalb gehe ich nicht weiter auf Herrn Rau ein. In diesem Land ist es möglich, dass eine Person Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages ist, und in der Zeit zu der sie dieses Amt bekleidet, mit linken Verbrechern an Demonstrationen teilnimmt, auf denen Deutschland verrecke und noch schlimmere Dinge skandiert werden. In jedem anderen der 200 Länder auf diesem Planeten würde eine Person mit so einer Einstellung zu dem eigenen Land maximal die Toiletten in einer untergeordneten Behörde putzen. Wir haben Claudia Roth zur zweithöchsten Repräsentantin unseres Staates gemacht. Der Parteifreund von Claudia Roth, Robert-Hol das Häuschen- Habeck, schreibt in einem seiner Bücher...“

Aufgrund aufkommender Unruhe bittet **Vorsitzender Volkmann (CDU)** die Abgeordneten, zur Ruhe zu kommen. Schließlich ruft er die Abgeordnete Beimborn (SPD) wegen fortwährender Zwischenrufe zur Ordnung.

Abgeordneter Mulch (AfD) fährt fort: „Der Herr Habeck schreibt also in einem seiner Bücher „Patriotismus, Vaterlandsliebe also, fand ich stets zum Kotzen, ich wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht.“ Für die beruflichen Perspektiven Habecks, lebte er in einem der mehrmals erwähnten 200 Länder, gilt das, was ich eben gesagt habe. Wir haben es zugelassen, dass so einer Figur zu einem Bundeminister gemacht wird. Ich selbst kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachvollziehen, warum sich jemand aus dem Personenkreis, den wir uns als Neubürger wünschen, und ich meine hier natürlich nicht die Einwanderer in unsere Sozialsysteme, warum sich jemand ernsthaft um die deutsche Staatsangehörigkeit bewerben soll. Eine Angehörigkeit zu einem Staat also, den viele seiner Repräsentanten ablehnen, verachten, ja hassen oder abschaffen wollen. Erklären Sie mir bitte eins, liebe Kollegin von der CDU und hinterfragen Sie sich selbst. Würden Sie sich um die Aufnahme in ein Staatsvolk bewerben wollen, bei dem so viele Angehörige dieses Staates selbst in der Regierung von diesem Staat nicht das Geringste halten? Tatsächlich sind Änderungen erforderlich. Tatsächlich sollte der Satz, dass er stolz ist, ein Deutscher zu sein, jedem Deutschen als Selbstverständlichkeit über die Lippen kommen. Tatsächlich gibt es einen erheblichen Mangel an gesundem Patriotismus, aber hier bei den Neubürgern anzufangen, ist

der falsche Weg, denn zunächst gibt es erheblichen Nachholbedarf bei denen, die schon lange Bürger sind. Liebe Kollegen von der CDU, Sie sind in hohem Maße mit verantwortlich, dass diese Personen, die ich nannte, in die Positionen gekommen sind, in denen Sie sind oder waren. Sie sind mit Ihrer Politik der vergangenen Jahre mitverantwortlich für den Mangel an Nationalstolz und Vaterlandsliebe in diesem Lande. Wir werden, wenn die Alternative für Deutschland die Geschicke dieses Landes aktiv mitbestimmt, auf ihren Antrag zurückkommen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist er überflüssig und wir brauchen ihn nicht.

Vorsitzender Volkmann (CDU) übergibt die Sitzungsleitung an den **Stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden Dworschak (Bgo/Die Grünen)**.

Vorsitzender Volkmann (CDU) führt aus, dass sein Vorredner und er selbst wohl auf ein unterschiedliches Deutschland stolz seien. Er sei stolz auf ein Deutschland, das sich das Motto Einigkeit und Recht und Freiheit gebe und das auf dem Boden des Grundgesetzes und den Farben Schwarz-Rot-Gold stehe – nicht auf den Prinzipien Blut und Boden, nicht auf den Farben Schwarz-Weiß-Rot. Ein Deutschland, das ein republikanisches und demokratisches Selbstverständnis habe und in dem jeder, der sich zur Verfassung der BRD bekenne, ein anerkannter und wertgeschätzter Teil dieses Landes sein könne, egal ob er in Anatolien, Deutschland, Italien oder Korea geboren sei. Mit dem Antrag wolle man vermitteln, dass die deutsche Staatsbürgerschaft mehr sei, als ein einfacher Verwaltungsakt. Sie sei ein Bekenntnis zu einer Gesellschafts- und Werteordnung des Grundgesetzes und einer solidarischen Gemeinschaft. Ihre Verleihung solle in einer würdigen Feierstunde bei Überreichung eines Grundgesetzes geschehen.

Landrat Schuster (SPD) bedankt sich beim Vorredner für seine Worte. Man habe ein gemeinsames Ziel, das er auch unterstützen wolle. Man habe es mit dem Ausländerrecht und einem Staatlichen Landrat zu tun, der für das Land Hessen handle. Das Staatsbürgerschaftsrecht liege in der Zuständigkeit des Kreisausschusses, jedoch nur für Gemeinden bis zu einer Größe von bis zu 7.500 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Urkunden müssten unverzüglich ausgehändigt werden und könnten nicht bis zu einer Einbürgerungsfeier liegen gelassen werden. Er sehe gleichwohl die Form der Einbürgerung als wichtigen Teil der Willkommenskultur an. Man müsse jedoch mit den betreffenden Städten und Gemeinden reden, ob diese das überhaupt wollten, da sie in aller Regel einen würdigen Neubürgerempfang bereits selbst durchführten.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) zeigt sich erstaunt, dass der Antrag durch den Abgeordneten Irmer unterzeichnet sei. Dieser verbreite an anderem Ort seit Jahren unzählige, rechtspopulistische Thesen. Sie führt dies aus.

Stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden Dworschak (Bgo/Die Grünen) ruft die Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) zur Sache.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) fährt fort, dass die Einbürgerungsfeier eine tolle Sache und gute Idee sei. Die Republik verändere sich jedoch in einer Form, wie der deutsche Bürger es nicht wolle.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) greift den Vorschlag von Landrat Schuster (SPD) auf und schlägt vor, dass über die Erkenntnisse im Ausschuss berichtet werde und beantragt den Verweis des Antrages in den HFWO zur endgültigen Beschlussfassung. Eine Einbürgerungsfeier sei ein Bekenntnis zu einem freiheitlichen und liberalen Staat, der Unterschiedlichkeiten vertragen könne. Er sei stolz darauf, dass man laut Verfassung völlig unterschiedliche Auffassungen äußern dürfe, ohne dass man danach abgeführt werde und Meinung nicht mehr frei sei. Die Kritik an dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion weist er zurück. Er vertrete sehr pointiert Auffassungen, die ein großer Teil der Menschen in der Gesellschaft ebenso sehe und die im Sinne der Verfassung hinzunehmen seien.

Abgeordnete Kunz (SPD) bedauert, dass Themen fern von Fakten diskutiert würden. Sie könne nicht verstehen, dass ein Abgeordneter eimerweise Unsäglichkeiten über Würdenträger auskippen dürfe, ohne dafür gemahnt zu werden. Sie beantragt ein Wortprotokoll der Rede des Abgeordneten Mulch (AfD). Sie schäme sich für solche Wortbeiträge. Das sei nicht ihr Deutschland. Ihr Deutschland sei bunt, solidarisch, nachhaltig und sachlich. Sie sei stolz auf ihr Deutschland, wenn es sich so präsentiere. Sie schäme sich, wann immer sie die Fratze des Rassismus sehen müsse.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) freut sich über die Forderung nach einer würdigen Einbürgerungsfeier. Die Stadt Wetzlar richte bereits eine Neubürgerfeier aus, in der Einbürgerungsurkunden übergeben, aber auch Zugezogene aus anderen Gemeinden begrüßt würden. Den Gemeinden solle man daher keine Konzepte vorschreiben. Zum Beitrag der AfD-Fraktion, der Schwierigkeiten mit der Identifikation mit Deutschland aufzeige, merkt er an, dass viele Menschen sich sehr freuen würden, nach Deutschland zu kommen. Sie identifizierten sich offensichtlich sehr gern mit Deutschland.

Stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden Dworschak (B90/Die Grünen) lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis in den HFWO zur endgültigen Beschlussfassung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich zugestimmt

Vorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung. Er merkt an, dass die Beurteilung, ob ein Redebeitrag die Würde des Hauses verletze oder von Meinungsfreiheit gedeckt werde, immer eine Gratwanderung in der Sitzungsleitung sei. Die Behauptung, die der Abgeordnete Mulch (AFD) aufgestellt, und die Wertungen, die er vorgenommen habe, seien für ihn ein Grenzfall gewesen. Er habe im Interesse der Meinungsfreiheit entschieden. Er verstehe, dass ein anderer dies auch anders beurteilen könne, und bietet eine Nachbereitung im Ältestenrat an.

Zu TOP 18.

Welcome-Center für Fachkräfte
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
A-21/2023

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) stellt fest, dass man im Lahn-Dill-Kreis inzwischen nicht nur eine Fachkräftemangel verzeichne, sondern auch einen Hilfskräftemangel. Dieser mache sich besonders im Gastronomie- und Transportbereich bemerkbar. In absehbarer Zeit werde dies auch im industriellen Bereich sichtbar werden. Der Fachkräftemangel werde den Kreis noch länger begleiten. Zentrale Forderung solle daher ein Welcome-Center für Mittelhessen mit Relocation Management und einheitlichem Ansprechpartner sein. Laut Herrn Persch, IHK Lahn-Dill sollten hier verschiedene, relevante Behörden und Organisationen mit der Wirtschaft zusammenarbeiten um Bürokratie abzubauen. Die entsprechende Initiative der IHK wolle man mit dem Antrag unterstützen.

Abgeordneter Berns (FDP) spricht an, dass anderes als beantragt beim Vorredner die Rede von einem Welcome Center Mittelhessen gewesen sei. Hierin sei man sich einig. Der sich verschärfende Fachkräftemangel erweise sich laut IHK als größte Bedrohung für deren angeschlossene Betriebe und deren Arbeitsplätze. Komplizierte Sprache, bürokratische Hürden, unzureichende Kinderbetreuung und die Willkommenskultur in Deutschland lasse zu wünschen übrig und erschwere das Anwerben von ausländischen Fachkräften. Der Vormarsch nationalistischer Kräfte werde dies nicht einfacher machen. Mit dem Änderungsantrag wolle man zusätzlich zur IHK das Regionalmanagement Mittelhessen in die Gespräche einbeziehen, dass bereits Erfahrungen im Newcomer Management aufweise.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) hält die Einrichtung eines Welcome-Centers für eine gute Idee. Wichtiger sei jedoch, eine gute Willkommenskultur. Dies beinhalte eine lebenswerte Heimat, freundliche und positiv zugewandte Mitmenschen, das schnelle Finden einer Wohnung, die gute Aufnahme und Einarbeitung im Betrieb, eine gute Infrastruktur und Kita-Plätze und Betreuung für Kinder. Der Einsatz von Integrationsbeauftragten sei ebenfalls ratsam.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) hält die Interessen des Souveräns für allein maßgeblich. Dies sei nicht die IHK. Jährlich würden fast 300.000 Fachkräfte Deutschland verlassen, überwiegend Akademiker. Er mutmaßt, dass die Beweggründe in den Zuständen dieses Landes liegen würden. Er sehe einen Fachkräftemangel, jedoch keinen Arbeitskräftemangel. Im Zusammenhang mit dem von der Koalition geforderten allgemeinen Arbeitskräftezugang sprach er von Bevölkerungsaustausch. Gründe für den Fachkräftemangel lägen unter anderem im Verfall des Bildungswesens, zunehmender Arbeitsunwilligkeit und einer Akademikerschwemme.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fordert den Abgeordneten Bellinghausen (AfD) auf, die demagogische Qualität der Rede herunterzufahren. Von „Großem Austausch“ zu sprechen, sei eine rechtsextreme Verschwörungstheorie. In verhetzender Form pauschalisierend über Migranten zu sprechen, sei der Würde dieses Hauses nicht angemessen. Er rügt dies ausdrücklich und bittet in sachlicher Tonalität fortzufahren.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) fährt fort mit den sich abzeichnenden Trend zur Auswanderung jung, gut ausgebildeter Leistungsträger, verursacht durch zu erwartende Steuerlasten wegen der Alimentierung nicht-Integrationswilliger. Dies verhindere Fachkräftezuwachs.

Abgeordneter Hantusch (fraktionslos) bestätigt das Vorliegen eines Fachkräftemangels. Dieser habe sich trotz zunehmender Zuwanderung seit 2015 noch verschärft, da es sich nicht um Fachkräfte handele. Gleichzeitig wanderten jährlich viele junge Menschen aus. Sie würden durch Inflation, steigende Energiepreise, Heizungsgesetze und einer Gefährdung der inneren Sicherheit dazu gedrängt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) rügt den seitens des Abgeordneten Hantusch (fraktionslos) verwendeten Begriff „Bevölkerungsaustausch“ und damit die verbundene rechtsextreme dog-whistle. Er ruft den Abgeordneten deswegen ausdrücklich zur Ordnung. Es sei nicht akzeptabel und unparlamentarisch, sich in diesem Hause solcher Vergleich zu bedienen.

Abgeordneter Hantusch (fraktionslos) fährt fort und spricht sich gegen eine Zusammenarbeit mit der IHK aus, da die Wirtschaft dem Volk zu dienen habe und nicht umgekehrt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) spricht die erneute Verwendung des Begriffes „Bevölkerungsaustausch“ an, der eine direkte Referenz auf den gleichlautenden nationalsozialistischen Terminus „Umvolkung“ darstelle. Er nehme nicht hin, dass ein Ideengebilde salonfähig gemacht werde, das nicht auf den freiheitlich-demokratischen Prinzipien der Verfassung beruhe. Dies sei nicht akzeptabel für den Umgang in diesem Hause. Man befinde sich im Kreistag, und nicht in einem höherstehenden Parlament, wo diese Fragen konzeptionell angesprochen werden könnten.

Abgeordneter Irmer (CDU) führt aus, dass man aus Gesprächen mit heimischen Firmen und der IHK wisse, dass es schwierig sei, wenn man gute Fachkräfte gefunden habe. Probleme ergäben sich vor allem bei der Wohnungssuche und bei der Koordination von Behördengängen. Mit dem Antrag wolle man diese Probleme erleichtern und auf ein oder zwei Ansprechpartner bündeln. Im Hinblick auf den Alternativantrag schlägt er als Kompromiss vor, das Regionalmanagement Mittelhessen in

den Antrag zu übernehmen. Die Erweiterung um andere Landkreise halte er nicht für praktikabel, da es dort andere Anforderungsstrukturen als im hochindustrialisierten Lahn-Dill-Kreis gebe.

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) teilt mit, dass das Welcome Center vor drei Wochen vom Regionalmanagement unter Beteiligung des Kreises beschlossen worden sei und man nur noch Pate sein könne. Es sei Chefsache der IHK Lahn-Dill. Es gehe darum, den Kreis für die Personen, die durch das Gesetz zur Fachkräfteeinwanderung angesprochen würden, interessant zu machen. Dies seien hochqualifizierte Einwanderer und IT-Spezialisten, aber auch Personen, die in ihrem Heimatland eine zweijährige Berufserfahrung gesammelt und per Vertrag einen Job hätten. Außerdem Personen mit zweijähriger Berufsausbildung, die über die Chancenkarte für ein Jahr Gelegenheit erhielten, einen Arbeitsplatz zu suchen. Für Deutschland spreche im Wettbewerb die Sicherheit, Umwelt und Klima, das Gesundheitssystem und gute Karrieremöglichkeiten in den Firmen. Schlecht sei man jedoch bei der Bürokratie, digitalen Infrastruktur (mit Ausnahme des Lahn-Dill-Kreises), Wohnen, Sprache und Willkommenskultur. Dort wolle man mit dem Center ansetzen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) gewährt auf Antrag der FDP-Fraktion eine dreiminütige Sitzungsunterbrechung. Im Anschluss eröffnet er die Sitzung erneut.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) teilt mit, dass man sich mit der größten Oppositionspartei auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt habe. Als Basis nehme man den Alternativantrag, der Teil „sowie den weiteren mittelhessischen Landkreisen und Sonderstatusstädten“ werde gestrichen. Dieser Antrag werde als gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bgo/Die Grünen, FWG und FDP gestellt und ersetze beide bis dahin vorliegenden Anträge.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bgo/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises unterstützt den Wunsch der IHK Lahn-Dill sowie des Regionalmanagement Mittelhessen, ein Welcome-Center Mittelhessen zu entrichten. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises, gemeinsam mit den oben genannten Institutionen ein Konzept zur Umsetzung eines Welcome-Center Mittelhessen auszuarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der IHK Lahn-Dill ein Konzept für ein sog. Welcome-Center für Fachkräfte zu entwickeln, dieses im Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschuss vorzustellen und eine entsprechende Beschlussvorlage zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. Ziel soll sein, für Fachkräfte eine zentrale serviceorientierte Anlaufstelle vorzuhalten, die bei der Inanspruchnahme sämtlicher Verwaltungsleistungen unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

65 Ja-Stimmen (21 CDU, 18 SPD, 10 Bgo/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

6 Nein-Stimmen (5 AfD, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 19.

Unterstützung CVJM

Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023

A-22/2023

Abgeordneter Irmer (CDU) teilt mit, dass man den Antrag bis zu den Haushaltsberatungen im Geschäftsgang belassen wolle. Wenn dort Mittel für den CVJM in gewünschter Form eingeplant seien, werde der Antrag als erledigt angesehen.

Zu TOP 20.

Notfallverbund Kulturgutschutz für den Lahn-Dill-Kreis
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
A-23/2023

Abgeordneter Dr. Schönwetter (CDU) führt aus, dass Katastrophen- und Schadenangelegenheiten der Vergangenheit gezeigt hätten, dass die Rettung von Kulturgut in Bibliotheken, Museen und Archiven eine besondere Herausforderung darstellte. Über Versicherungen erhalte man zwar einen monetären Gegenwert, das einmalige Original sei unter Umständen jedoch unwiederbringlich verloren. Daher bedarf es besonderer Schutzmaßnahmen. Dies rechne sich langfristig betrachtet auch wirtschaftlich. Inzwischen hätten sich Notfallverbände Kulturgutschutz entwickelt, die der Verhinderung von Schäden dienten, indem sie Kulturguteinrichtungen unterstützten, vorbereiteten und einen Erfahrungsaustausch herbeiführten. Schritte zur Prävention, Bergung und Schadenbehandlung würden entwickelt und umgesetzt. Im Lahn-Dill-Kreis befänden sich eine Vielzahl von Einrichtungen mit großer Bandbreite, so dass die Gründung eines Notfallverbundes sinnvoll sei.

Vorsitzender Volkmann (CDU) gewährt auf Antrag der SPD-Fraktion eine zweiminütige Sitzungsunterbrechung. Im Anschluss nimmt er die Sitzung wieder auf.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) unterstützt den Antrag. Die Gefahren durch Naturereignisse könnten und sollten nicht geleugnet werden. Darüber hinaus sehe er Gefahren durch Bilderstürmer und Klimakleber, die Kulturgüter gefährdeten. Auch Schäden durch Clan-Kriminalität und mangelnde Sicherheitsvorkehrungen sollten in den Plan einbezogen werden. Er nennt als Stichwort das „Grüne Gewölbe“.

Abgeordneter Peller (FWG) begrüßt die Gründung eines Notfallverbundes Kulturgutschutz aus Sicht der Koalition. Der Schutz von Kulturgut sei umfänglich geboten, wobei der erste Impuls an die Städte und Gemeinden getragen werden solle.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss möge prüfen, inwieweit sich für den Lahn-Dill-Kreis die Gründung eines sog. Notfallverbund Kulturgutschutz ermöglichen lässt.

Dies sollte u. a. beinhalten:

- Die Vorstellung des Themas im zuständigen Fachausschuss (Umweltausschuss)
- Eine Bedarfsabfrage bei den entsprechenden Museen im LDK
- eine Kooperationsanfrage bei den Nachbarkreisen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 6 Enthaltungen

Zu TOP 21.

Konzept zur politischen Bildung
Antrag der AfD-Fraktion vom 03.03.2023
A-26/2023

Abgeordnete Niggemann (AfD) verweist darauf, dass der Kreistag bereits in 2017 eine Offensive für politische Bildung beschlossen habe. Es habe jedoch kein Gesamtkonzept, sondern nur vereinzelte Aktionen gegeben. Ein Antrag ihrer Fraktion auf Umsetzung eines tatsächlichen Gesamtkonzeptes sei fehlinterpretiert und abgelehnt worden. Zuständigkeiten im Bereich der Schulen seien negiert worden. Dies zweifele sie jedoch an. Mit diesem Antrag fordere man nichts anderes, als was bereits 2017 beschlossen worden sei: Ein Konzept zur politischen Bildung, das alle im Kreistag vertretenen Parteien berücksichtige.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) stellt fest, dass der Lahn-Dill-Kreis damals wie heute absolut unzuständig für politische Bildung an Schulen sei. Er beruft sich dabei auf das Schulgesetz. Die Veranstaltung an den Gewerblichen Schulen sei keine Veranstaltung für politische Bildung gewesen – gleichwohl halte er sie nicht für in Ordnung. Wenn beispielsweise im Rahmen von Podiumsdiskussionen von ganz links bis ganz rechts diskutiert werde und die Schülerinnen und Schüler sich ein Bild machen könnten, dann sei das für ihn politische Bildung. Man müsse die inhaltliche Auseinandersetzung suchen und nicht in der Diskussion ausgrenzen.

Abgeordnete Beimborn (CDU) ruft eine Veranstaltung mit Schülerinnen und Schülern des Johanneum in Herborn in Erinnerung, die im Rahmen des Projektes „Pimp your Town“ stattgefunden habe. Dort sei es darum gegangen, dass Kinder und Jugendliche an Schulen Einblick in politische Arbeit im Kreistag gewinnen. Alle seien sich einig gewesen, dass die Veranstaltung sehr erfolgreich gewesen sei. Alle Fraktionen seien beteiligt gewesen und es habe keine Ausgrenzung gegeben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, ein Konzept zur politischen Bildung zu entwickeln, das alle im Kreistag vertretenen Fraktionen berücksichtigt. Dieses Konzept ist schriftlich vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

6 Ja-Stimmen (5 AfD, 1 fraktionslos)

65 Nein-Stimmen (21 CDU, 18 SPD, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 22.

Staatsangehörigkeitsrecht

Resolutionsantrag der AfD-Fraktion vom 09.03.2023

A-27/2023

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) spricht von einem geplanten Paradigmenwechsel. Die Fristen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft würden massiv verkürzt. Weiche Kriterien würden eingebaut, die erlaubten, über Verwaltungsvorschriften die Hürden nach Belieben abzusenken. Sprach- und Integrationsanforderungen würden abgesenkt und die Doppelte Staatsbürgerschaft werde zur Regel. Die Änderungen würden mit besseren Integrationsmöglichkeiten begründet. Er sehe darin jedoch ein Zeichen für das Scheitern der bisherigen Integrationspolitik. Integration funktioniere nicht, da es an der Integrationswilligkeit der Betroffenen fehle. Durch die geplanten Änderungen befürchte er einen Verlust von Heimat und eine Zunahme von Gewalt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) rügt die erneute Verwendung des Begriffes Bevölkerungsaustausch durch den Abgeordneten Bellinghausen (AfD). Er ruft den Abgeordneten Bellinghausen (AfD) während seiner Rede zweimal zur Sache und fordert ihn auf, zum Staatsangehörigkeitsrecht zu sprechen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft den Abgeordneten Bellinghausen (AfD) außerdem zur Ordnung wegen der Bezeichnung der geplanten Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechtes als Staatsstreich von oben. Er fordert ihn auf, zu einer parlamentarischen und angemessenen Sprache zurückzukehren.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) fährt in seinem Redemanuskript fort und beendet seine Rede.

Vorsitzender Volkmann (CDU) kritisiert, dass die Verwendung der Mittel, die ihm die Geschäftsordnung gebe, wirkungslos bliebe. Der Abgeordnete Bellinghausen (AfD) fahre unverändert mit Redebeiträgen fort, die er als „völkisches Gesabbel“ charakterisiert. Er beabsichtige, dies in der kommenden Sitzung des Ältestenrates anzusprechen.

Abgeordneter Dworschak (Bgo/Die Grünen) lobt das Vorgehen des Vorsitzenden Volkmann (CDU) und weist auf die Möglichkeit hin, das Wort nach dreimaligem Ordnungsruf entziehen zu können.

Vorsitzender Volkmann (CDU) merkt dazu an, dass es sich um zwei Sachrufe gehandelt habe, die nicht als vollwertiger Ordnungsruf gelten würden. Erst beim vierten Sachruf oder dritten Ordnungsruf hätte er daher das Wort entziehen können.

Abgeordneter Polat (SPD) führt aus, dass man über das Staatsangehörigkeitsrecht diskutiere, da man Hürden in der Umsetzung festgestellt habe. Man wolle ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht um den Menschen, die Teil der Gesellschaft sein wollten, und die sich gut integriert hätten, ein Angebot machen zu können. Er zeigt Verständnis, dass man nicht alle Brücken zu seinem Ursprungsland abbrechen wolle.

Indem man die Möglichkeit eröffne, sich für eine Doppelte Staatsbürgerschaft zu entscheiden, werde man die Demokratie stärken. Bei der Hälfte aller EU-Bürgerinnen und -Bürger sei dies der Fall. Sie werde nicht ohne Weiteres gewährt. Vielmehr sei der Nachweis gelungener Integration und des Akzeptierens der Grundprinzipien des Landes erforderlich. Eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes, ausreichende Deutschkenntnisse und ein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung seien weitere Voraussetzung einer Einbürgerung.

Abgeordneter Irmer (CDU) führt als Beispiel das Schicksal eines jungen Mannes mit griechischen Wurzeln an, dessen Antrag auf Einbürgerung nach 10 Jahren wegen einer schlechten Deutschnote im Abschlusszeugnis abgelehnt worden sei. Der Mann lebe gut situiert, sei verheiratet mit zwei Kindern, sei Betriebsrat in einer Firma gewesen und spreche perfekt Deutsch. Er sei eine Bereicherung und als Deutscher Mitbürger erwünscht. Daher sei es richtig darüber zu sprechen, wie man das gut hinbekomme. Richtig sei auch, dass Anforderungen für eine Einwanderung gestellt würden, die ein einem langen, erfolgreichen und bewiesenen Integrationsprozess liegen würden. Ein sicheres Einkommen müsse vorhanden sein und Sitten, Gebräuche und Gesetze müssten respektiert werden. Eine Identifikation mit der Gesellschaft sei ebenfalls Voraussetzung. Das Aufgeben der kulturellen Identität erwarte er nicht. Die im geplanten Gesetz enthaltenen Erleichterungen beobachte er daher mit Sorge. Sie stellten ein Anreizsystem dar, herzukommen. Er stelle daher einen Alternativantrag (Siehe Anlage).

Abgeordnete Dr. Büger (FDP) stellt fest, dass ausschließlich der Deutsche Bundestag für das Staatsangehörigkeitsrecht zuständig sei. Er spricht sich dagegen aus, Themen, die im dort diskutiert würden, in den Kreistag zu ziehen. Weder der Ursprungsantrag noch der Änderungsantrag gehörten in den Kreistag – sie stellten Bundespolitik dar. Sie seien darüber hinaus inhaltlich falsch.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) führt aus, dass es sich bei dem AfD-Anliegen zwar um ein Bundespolitisches Thema handele, es sei aber eingebracht. Man müsse aufhören, von vorneherein zu sagen, dass man nicht darüber diskutiere, denn viele Bürgerinnen und Bürger seien inzwischen anderer Auffassung als man es hören möchte. Mit den Problemen, die die Menschen hätten, müsse man sich auseinandersetzen, damit das servierte Narrativ nicht isoliert stehen bleibe. Es würden Fragen zu Dingen gestellt, die tatsächlich nicht oder fehlerhaft funktionierten. Man dürfe auch nicht ignorieren, dass ein Teil der Integration in Deutschland gescheitert sei. Hinsichtlich der Doppelten Staatsbürgerschaft sei er anderer Auffassung, als der geschätzte Abgeordnete Polat (SPD). Für ihn gehöre dazu eine 100 % ige Identifikation. Etwas Anderes würden die Menschen nicht verstehen, wie es am Beispiel der Wahlen in der Türkei deutlich geworden sei.

Abgeordnete Dr. Rinn (B90/Die Grünen) spricht sich gegen die Diskussion über Bundesthemen aus. Sie macht darauf aufmerksam, dass das, was stattfindet, von manchen Leuten nicht als Forum einer sachlichen Diskussion genutzt werde, sondern als Forum einer gefilmten Selbstdarstellung in den sogenannten sozialen Medien. Deswegen könne von einem Redetext nicht abgewichen werden, denn die Inszenierung sei geplant und müsse durchgeführt werden. Es sei völlig egal, ob hier ein Ordnungsruf stattgefunden habe. Dieser werte im Gegenteil den Beitrag noch auf.

Abgeordnet Kunz (SPD) führt aus, dass sie die Menschen sehr ernst nehme. Die geforderten Antworten würden die demokratisch gewählten Kräfte im Bundestag geben. Dort gehöre das Thema hin und alle Parteien seien dort vertreten. Sie bitte, sich auf die Arbeit im Lahn-Dill-Kreis zu konzentrieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, eröffnet **Vorsitzender Volkmann (CDU)** dem Abgeordneten Bellinghausen die Möglichkeit zu einer persönlichen Erklärung.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) führt aus, dass er nie gesagt habe, dass nur Menschen, die hier geboren seien, Deutsche sein könnten. Zur Verwendung der englischen Übersetzung des Wortes Bevölkerungsaustausches sagt er, dass diese Begriffe (resettlement und relocation) im Wahlprogramm der CDU 2017 verwendet worden seien.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt klar, dass in einer persönlichen Erklärung laut Geschäftsordnung nicht zur Sache gesprochen werden dürfe. Es dürften nur Äußerungen in Bezug auf die eigene Person, zurückgewiesen oder richtiggestellt werden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt zunächst über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:
Beschluss:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises spricht sich gegen die von der Bundesregierung geplante Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes aus und fordert den Kreisausschuss auf, sich bei Bund und Land dafür einzusetzen, dass diese Reform nicht umgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

6 Ja-Stimmen (5 AfD, 1 fraktionslos)

65 Nein-Stimmen (21 CDU, 18 SPD, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Im Anschluss lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Alternativantrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

Zu TOP 23.

Resolutionsantrag gegen Resolutionsanträge

Resolutionsantrag des Abgeordneten Harapat (fraktionslos) vom 26.03.2023

A-28/2023

Vorsitzender Volkmann (CDU) führt aus, dass der ehemalige Abgeordnete Harapat (fraktionslos) nicht mehr Mitglied des Kreistages sei. Im Kreistag gelte aber nicht der Grundsatz der sachlichen Diskontinuität bei ausscheidenden Abgeordneten. Der Antrag sei somit aufzurufen.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag des ehemaligen Abgeordneten Harapat (fraktionslos) abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag spricht sich gegen den inflationären Gebrauch von Resolutionsanträgen aus.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

42 Ja-Stimmen (18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 1 fraktionslos)

29 Nein-Stimmen (22 CDU, 6 AfD, 1 fraktionslos)

3 Enthaltungen (3 DIE LINKE)

Zu TOP 24.

Einführung des Smartphone-basierten Rettungssystems "Mobile Retter"

Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2023

A-34/2023

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) stellt fest, dass jede Sekunde zähle, für die rund 50.000 Menschen, die jährlich in Deutschland einen Herz-Kreislauf-Stillstand erlitten. Obwohl der Rettungsdienst schon nach durchschnittlich 9 Minuten eintreffe, würden Wiederbelebensmaßnahmen oftmals zu spät eingeleitet. In solchen Fällen könne das Smartphone-basierte Rettungssystem „Mobile Retter“ greifen. Qualifizierte Ersthelfer könnten als solche tätig werden. Sie könnten im Falle der Diagnose eines Herz-Kreislaufstillstandes über die Leitstelle erreicht werden und vor Ort Hilfe leisten, bis der Rettungsdienst eintreffe und die Behandlung übernehme. Sie dankt an dieser Stelle den im Kreis tätigen Notärzten, Rettungsassistenten und –sanitätern für ihren unglaublichen Dienst, den sie leisten würden.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) hält die Mobile-Retter e. V. für eine gute Sache. Der Verein helfe Gebietskörperschaften und dort ansässigen Leitstellen mit großer Kompetenz und Erfahrung bei der nachhaltigen Einführung und dem Regelbetrieb der Systeme. Sie unterstützten unter anderem bei der Gewinnung ehrenamtlicher Fachkräfte, deren Qualifizierung, technischer Ausstattung sowie Versicherung. Sie beantragt, den Antrag im Fachausschuss zu beraten und den Verein einzubeziehen.

Abgeordnete Petersen (CDU) spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag. Der Verweis mache keinen Sinn. Es handele sich um einen Prüfantrag. Nach Abschluss der Prüfung gehe sie davon aus, dass über die Ergebnisse im Kreisausschuss sowieso berichtet werde.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis in den Fachausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Abgeordneter Scholl (SPD) stimmt zu, dass jede Sekunde zähle, besonders wenn es um Herz-Stillstand gehe. Das bestehende System des Rettungsdienstes sei bereits sehr gut. Nur in wenigen Fällen könne die Hilfsfrist nicht eingehalten werden. Es gebe jedoch eine Lücke zwischen der Alarmierung und dem Eintreffen der Rettungskräfte. In dieser Zeit sei eine Unterstützung hilfreich. Er schlägt vor, sich nicht auf eine bestimmte App oder einen konkreten Anbieter zu fokussieren und von einem Voraushelfersystem zu sprechen. Dieser Begriff werde auch vom Hessischen Sozialministerium verwandt. Er stellt daher einen Änderungsantrag.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** wird der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom Antragsteller übernommen. Er lässt darauf hin über den Antrag der CDU-Fraktion einschließlich dieser Änderungen abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises wird ~~aufgefordert~~ *gebeten*, gemeinsam mit der Leitstelle und den Leistungserbringern im Rettungsdienst, ~~eine Einführung des Systems „Moderne Retter“ zu prüfen.~~ *die Einführung von Voraushelferinnen und Voraushelfern zu prüfen, dafür mögliche Systeme zu vergleichen und die finanziellen und personellen Folgen für die Leitstelle aufzuzeigen.* Ein entsprechender Bericht ~~ist dem Umweltausschuss vorzulegen.~~ *und die Vorstellung aus einem Landkreis in dem dies schon bewährte Praxis ist, soll zur abschließenden Beratung im Umweltausschuss vorgestellt werden.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 25.

Rücknahme exorbitanter Preiserhöhung des RMV

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 22.06.2023

A-35/2023

Abgeordneter Sitte (DIE LINKE) trägt vor, dass der RMV Anfang 2022 seine Tarife um 1,5 % erhöht habe (Juli: 3,9 %, Januar 2023: 1,5 %). Dies sei mit den gestiegenen Energiepreisen begründet worden. Er fragt, warum andere Bundesländer, wie z. B. Berlin, es im Vergleich schafften, mehr Landesmittel für den ÖPNV aufzuwenden, um zu verhindern, dass Kosten auf die Fahrgäste umgewälzt würden. Das 49 € Ticket könnten sich nicht alle leisten. Er appelliert, ein hessenweites Sozialticket für 9 € einzuführen.

Landrat Schuster (SPD) führt aus, dass er als Mitglied im Aufsichtsrat des RMV richtiger Ansprechpartner sei. Man habe die Fahrpreise um 8,2 % erhöht. Angesichts dramatisch gestiegener Personalkosten im Bereich Busfahrer und Lokführer und gestiegener Energiekosten bei den beauftragten Unternehmen sei diese Fahrpreiserhöhung bei weitem nicht auskömmlich. Die beschlossenen Preiserhöhungen würden auf 80 % der Reisenden nicht zutreffen, da sie ein Hessen-, Senioren- oder Jobticket nutzten. Für 2024 – 2026 werde man so Mehreinnahmen von 240 Mio. € erzielen. Die Alternative dazu wäre gewesen, Verkehrsleistungen abzubestellen, was den CO₂ Ausstoß beeinflussen werde. Der Kostendeckungsgrad liege bei 35 % (2019 bis 2022: 54,6 %). Er wäre nicht durch einen Kreistagsbeschluss gebunden, im Aufsichtsrat des RMV die Erhöhung zurück zu nehmen, und werde dies auch nicht tun.

Abgeordneter Krohn (B90/Die Grünen) trägt vor, dass der Nahverkehr gemeinsam von Bund, Land und den Kommunen finanziert werde. Es fehle jedoch Geld im System. Durch die Einführung von speziellen Tickets werde zudem ein 2-Klassen-System eingeführt. Auf der einen Seite das System derer, die Fahrkarten hätten, und auf der anderen Seite diejenigen, die umsteigen sollten. Bei weiter steigenden Preisen, könnten diese kaum noch zum Umstieg bewegt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Resolutionsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen:

Beschluss:

In seiner Sitzung vom 15. Juni 2023 hat der RMV-Aufsichtsrat eine neuerliche und in der Höhe nicht dagewesene Tarifierhöhung von 8,2% beschlossen.

1. Der Lahn-Dill-Kreis kritisiert die exorbitante Preiserhöhung des RMV und fordert den Aufsichtsrat des RMV auf, diese zurückzunehmen.
2. Der Kreistag fordert das Land Hessen auf, eine sozial gerechte Verkehrswende zu ermöglichen und eine dieser Anforderung gerechten Finanzierung bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

5 Ja-Stimmen (3 DIE LINKE, 1 fraktionslos, 1 Bgo/Die Grünen)

67 Nein-Stimmen (22 CDU, 18 SPD, 8 Bgo/Die Grünen, 8 FWG, 6 AfD, 4 FDP, 1 fraktionslos)

2 Enthaltungen (Bgo/Die Grünen)

Zu TOP 26.

Langfristige Wasserstrategie für den Lahn-Dill-Kreis

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 22.06.2023

A-38/2023

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) trägt vor, dass immer mehr Extremwetterereignisse vor Augen führten, dass die Klimakrise mit voller Wucht vor der Türe stehe. Wasser sei Grundlage allen Lebens und unersetzliche Ressource für Natur und Menschen und Dürren hätten gravierende Auswirkungen auf Wälder, Landwirtschaft und Biodiversität. Die Grundwasserpegel seien inzwischen auf historischen Tiefständen. Es brauche daher eine langfristige Wasserstrategie. Er beantragt den Verweis in den Umweltausschuss, bis der Bericht vorliege.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** lässt **Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE)** weitere Wortmeldungen zu, bevor über seinen Geschäftsordnungsantrag auf Verweis abgestimmt wird.

Abgeordneter Dr. Jan Marien (Bgo/Die Grünen) führt aus, dass Wasser eine elementare Ressource sei, mit der man sorgsam umgehen müsse. Man müsse sich daher mit einer nachhaltigen Verwendung von Trinkwasser sowie dem Schutz von Oberflächengewässern und Grund- und Quellwasservorkommen beschäftigen, denn in Summe der letzten 10 Jahre fehle aufgrund von Dürresommern ein komplettes Jahr an Niederschlag. Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE schein es in erster Linie um das Trinkwasser zu gehen. Hier habe der Kreis jedoch keine eigene Zuständigkeit. Er verweist dazu auf den Zukunftsplan Wasser des Landes Hessen, der im Sommer letzten Jahres verabschiedet worden sei. Für die Trinkwasserversorgung selbst seien die Kommunen zuständig. Die Zuständigkeit für die Erstellung einer Wasserstrategie liege wiederum bei der Oberen Wasserbehörde, dem Regierungspräsidium in Gießen.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) hält ein nachhaltiges Wassermanagement für unabdingbar. Sie weist auf die nationale Wasserstrategie des Bundes hin sowie den Zukunftsplan Wasser der Hessischen Landesregierung. Die Kommunen seien für die Trinkwasserversorgung zuständig. Für eine Wasserstrategie habe der Kreis daher keine Kompetenzen. Als Kompromiss stellt sie für ihre Fraktion einen Änderungsantrag.

Abgeordneter Inderthal (SPD) führt aus, dass die Städte und Gemeinden zuständig seien. Sie hätten die Aufgabe, ihre Bürgerinnen und Bürger mit Trinkwasser zu versorgen und langfristige sowie nachhaltige Strategien zu entwickeln. Dies sei sinnvoll, da man Ortskenntnisse über die Wasserdarangebote, Quellen, Brunnen und Stollen brauche. Interkommunale Lösungen seien landkreisübergreifend bereits vorhanden.

Abgeordneter Grüger (SPD) plädiert für die Einführung eines Wassercentrs.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Geschäftsordnungsantrag des **Abgeordneten Zborschil (DIE LINKE)** auf Verweis in den Fachausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt schließlich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, ein Konzept für eine langfristige Wasserstrategie für den Lahn-Dill-Kreis zu erarbeiten und zeitnah im Umweltausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

3 Ja-Stimmen (DIE LINKE)

67 Nein-Stimmen (21 CDU, 18 SPD, 9 B90/Die Grünen, 8 FWG, 6 AfD, 4 FDP, 1 fraktionslos)

3 Enthaltungen (1 fraktionslos, 2 B90/Die Grünen)

Zu TOP 27.

Personalbedarf Lahn-Dill-Kliniken

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 22.06.2023

A-37/2023

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) spricht von einem Personalmangel in allen Branchen. Im Zuge der Schließung der Dillenburger Geburtsstation sei beteuert worden, dass man von fehlendem Personal überrascht worden sei. Er halte einen Überblick über Situation und Altersstruktur daher für erforderlich.

Abgeordneter Dette (FDP) hat sich im Vorfeld bei der Klinikleitung sachkundig gemacht. Bei den Lahn-Dill-Kliniken sei man mit einem Durchschnittsalter von 42,3 Jahren bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gut aufgestellt. Im Bereich bis 35 Jahre habe man 37% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (über 60 Jahre: 7,6 %). Darüber hinaus hätten die Lahn-Dill-Kliniken in den letzten Jahren massive Anstrengungen unternommen, um zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen:

Ausbildungsbereich Krankenpflegeschule: 123 Plätze (2016), 230 (2022); In den 7 weiteren

Ausbildungsberufen sei die Ausbildungsplatzanzahl ebenfalls deutlich erhöht worden. Bei der

Besetzung von Führungspositionen würden bis zu 2 Jahre vor dem Ausscheiden mit der Suche eines Nachfolgers begonnen. Wegen der im Zuge der Krankenhausreform zu erwartenden gravierenden

Veränderungen schlägt er vor, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen. Es werde die Frage zu stellen sein, welches Personal für welches Leistungsspektrum mittelfristig auch im Lahn-Dill-Kreis benötigt werde.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) hält die genannten Zahlen für deutschlandweit im Durchschnitt. Die Diskussion über grundlegende strategische Betrachtungen sei dem Aufsichtsrat der Lahn-Dill-Kliniken vorbehalten. Die Frage, welches Personal wann und wo benötigt werde, falle darunter und gehöre nicht in den Kreistag. Zur Krankenhausreform sagt er, dass es mit seiner Fraktion keine Strukturdiskussionen ohne Not geben werde. Zurzeit sei sie nicht zu führen. Das Angebot für die Menschen an Lahn und Dill müsse möglichst erhalten bleiben, damit Krankenhäuser zumutbar erreicht werden könnten.

Abgeordneter Dr. Sattler (B90/Die Grünen) sagt zur Altersstruktur, dass ein niedriges Alter nicht unbedingt ein guter Indikator sei. Er zeige auf, dass viele Auszubildende und Nachwuchskräfte kämen, während erfahrene Kräfte nach hinten wegbrechen und in andere Bereiche gehen würden. Er widerspricht, dass es falsch sei, die Strukturdebatte jetzt zu führen. Die Not sei bereits da. Die Diktion des Erhaltens einer wohnortnahen, qualitativ höchstwertigen Gesundheitsversorgung sei nicht realisierbar. Eine verspätete Debatte darüber, welche Dienstleistungen an welchem Ort angeboten werden könnten, führe dazu, dass man vor vollendete Tatsachen gestellt werde.

Landrat Schuster (SPD) gesteht der Fraktion DIE LINKE das Recht zu, Fragen zu stellen. Man plane keine grundlegenden Änderungen. Die Diskussion darüber könne jedoch nicht in einem öffentlichen Raum geführt werden. Er verweist darauf, dass man die notwendigen und mutigen Strukturentscheidungen bereits in der Vergangenheit getroffen habe. Dies lasse ihn optimistisch in die Zukunft blicken. Der Kreis befinde sich in der guten Lage, dass man diesem und in den nächsten Jahren keine Gelder aus dem Kreishaushalt an das Krankenhaus überweisen müsse. Ob jede Dienstleistung dort angeboten werden könne, werde sich danach richten, was beschlossen werde und was die Krankenkassen bezahlen würden. Wegen der demografischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt werde man aber davon abrücken müssen, dass jede Dienstleistung im Kreis doppelt angeboten werde.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE gewährt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** eine zweiminütige Sitzungsunterbrechung. Im Anschluss setzt er die Sitzung fort.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE beantragt habe, den Antrag bis Anfang 2024 im Geschäftsgang zu belassen. Die CDU-Fraktion stellt demgegenüber einen Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zur Abstimmung zu stellen. Er lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass der Antrag auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE im Geschäftsgang verbleibe.

Zu TOP 28.

75 Jahre Grundgesetz

Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2023

A-39/2023

Abgeordneter L. Müller (CDU) trägt vor, dass das Grundgesetz, auch durch die kluge Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht die Grundlage für das erfolgreiche Bestehen der BRD geworden sei. Es stelle einen Gegenentwurf zum nationalsozialistischen Unrechtsregime dar. Das Demokratieprinzip, der Rechtsstaat, das Bundesstaatsprinzip seien Bestandteile, die unaufhebbar

sein. Damit trage das Grundgesetz dazu bei, dass der Umbau zu einem totalitären Staat nahezu unmöglich sei. Mit dem Grundrechtsteil werde gleichzeitig eine Werteordnung etabliert, auf die die Rechtsordnung und das Zusammenleben aufbaue. Sich dies bewusst zu machen und dafür zu werben, sei von zentraler Bedeutung.

Abgeordneter Mulch (AfD) ist der Ansicht, dass das Grundgesetz fortwährend und dauerhaft gebrochen und verletzt werde. Er nennt die Unterbringung von asylsuchenden Migranten, die sich laut Grundgesetz nicht auf das Asylrecht berufen könnten, als Beispiel. Die derzeitige Regierung sei bereit, die demokratische Grundordnung, um die uns viele Länder beneideten, auf dem Altar ihrer verfehlten Ideologien zu opfern. Das Geburtstagskind werde sich seiner Ansicht nach mehr freuen, wenn es respektiert und nicht verletzt werde.

Abgeordneter Hantusch (fraktionslos) ist der Ansicht, dass das Grundgesetz nicht das Papier wert sei, auf dem es stehe. Er führt als vermeintliches Beispiel die Reisefreiheit an. Derzeit werde diskutiert, ob sie Rechtsextremisten durch Passenzug entzogen werden dürfe.

Vorsitzender Volkmann (CDU) übergibt die Sitzungsleitung an die **Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU)**.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt klar, dass das Grundgesetz kein politisches Kampfinstrument sei. Er erklärt, dass ein Großteil der Schutzsuchenden in Deutschland ihren Flüchtlingsstatus auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonventionen erhalten würden und nicht auf Basis des Grundgesetzes. Zur Reisefreiheit und Schranken im Allgemeinen sagt er, dass die deutsche Verfassung Konsequenzen aus dem Unrecht des Dritten Reiches und dem Scheitern der Weimarer Republik ziehe. Zentrale Konsequenz sei, dass Demokratie wehrhaft sein müsse. Daher seien in der Vergangenheit Parteiverbotsverfahren geführt worden. Wie es der Partei des Abgeordneten Hantusch ergangen sei, wisse dieser selbst. Unsere Demokratie wisse zu verhindern, dass diejenigen, die Meinungsfreiheit beschränken wollten, jemals wieder die Chance erhielten, in Deutschland an die Macht zu kommen. Dies sei ein Grund, 75 Jahre Grundgesetz zu feiern.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) teilt die Werte des Grundgesetzes ausdrücklich und begrüßt die Initiative des Antrages. Wenn von der AfD und dem Abgeordneten Hantusch behauptet werde, dass das Grundgesetz nichts mehr wert sei, setzt er dagegen, dass diese gerade deswegen ihre unsäglichen Reden halten dürften, weil das Grundgesetz gelte. In den Zeiten 1933 bis 1945 sei dies nicht möglich gewesen. Anders als in autoritären Regimen dürften solche Reden hier ungestraft gehalten werden. Das mache eine Demokratie aus.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, aus Anlass des 75. Geburtstages des Grundgesetzes am 23. Mai 2024 eine würdevolle Feier diesbezüglich durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

66 Ja-Stimmen (21 CDU, 18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

7 Nein-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 29.

Ausweisung von Waffenverbotszonen
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2023
A-40/2023

Vorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung.

Abgeordneter Irmer (CDU) führt aus, dass das Thema in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen habe, was er bedauert. Es gebe Städte und Gemeinden, die Waffenverbotszonen aussprechen würden um der Polizei die rechtliche Möglichkeit zur anlasslosen Durchführung von Kontrollen zu ermöglichen. In einem Gespräch mit dem mittelhessischen Polizeipräsidenten Paul habe dieser geäußert, dass es fachlich sehr sinnvoll wäre, mehr dieser Zonen auszuweisen, um präventiv tätig werden zu können. Man könne dies zunächst in einem Ausschuss beraten.

Landrat Schuster (SPD) informiert, dass in Bezug auf das Waffenrecht der Staatliche Landrat angesprochen sei. Er unterliege in dieser Aufgabe nicht der Kontrolle des Kreis Ausschusses oder des Kreistages. Auch die Städte und Gemeinden seien nicht zuständig. Wenn man im Hinblick auf die Sicherheit vor Ort Einfluss nehmen könne, befürworte er dies jedoch. Die Einrichtung solcher Verbotszonen sei nicht ohne weiteres möglich und müsse wegen vorliegendem Gefährdungspotential begründet sein. Es sei zu klären, wie mit Personen umgegangen werde, die eine Erlaubnis hätten, Waffen zu tragen. Er schlägt vor, den Polizeipräsidenten für eine der nächsten Sitzungen des HFWO einzuladen.

Abgeordnete Niggemann (AfD) sieht gute Argumente für die Einrichtung von Waffenverbotszonen. Die polizeilichen Eingriffsrechte würden in diesem Zusammenhang regelmäßig erweitert, so dass konkrete Erfolge im präventiven als auch repressiven Bereich erzielt würden. Die gesellschaftliche Realität habe sich jedoch in den letzten Jahren verändert. Die Antwort liege in mobilen Polizeiwachen, z. B. in Freibädern und die Einrichtung von Waffenverbotszonen. Damit arbeite man nur an den Symptomen und nicht an den Ursachen, die in einer gescheiterten Integrationspolitik liegen würden.

Abgeordneter Hantusch (fraktionslos) möchte den Antrag erweitern um Vergewaltigungsverbotszonen, Diebstahlverbotszonen, Verbotszonen von Drogen, Clankriegen, Terroranschlägen, illegale Müllablagerung und öffentliche Entblößung. Man bekämpfe damit nur die Symptome und nicht die Wurzel allen Übels.

Abgeordnete Kunz (SPD) spricht sich für die Einführung von Verbotszonen für Pauschalisierungen aus. Wenn man ehrlich miteinander rede, müsse man alle Probleme ehrlich benennen. Mit Pauschalisierungen komme man nicht weiter. Sie wünsche sich mehr Sachlichkeit in den Redebeiträgen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** mit Einverständnis der CDU-Fraktion über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis des Antrages der CDU-Fraktion in den HFWO zur abschließenden Beschlussfassung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

Zu TOP 30.
Erhalt der Deponieausfahrt A45 / Behlkopf
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2023
A-41/2023

Abgeordneter F. Steinraths (CDU) berichtet von einer Antwort des Bundesverkehrsministers auf seine Anfrage hin, wonach es bereits zwei Ausfahrten gebe, die bereits nah beieinanderliegen

würden. Eine dritte Ausfahrt dazwischen dürfe es aufgrund bundesrechtlicher Vorschriften nicht geben. Angesichts der Antwort stelle sich die Frage, ob dort überhaupt bekannt sei, was ihm damit angetan werde. Asslar und Ehringshausen wären von einer Schließung der Ausfahrt direkt von passierenden Müllfahrzeugen betroffen. Mit Stau sei zu rechnen. In der Folge könne der Bestand der Deponie gefährdet sein. Dann müssten die Müllfahrzeuge bis nach Offenbach fahren, was einen regelrechten Mülltourismus bedeute. Die Ausfahrt würde außerdem bislang für Rettungsfahrzeuge genutzt.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) spricht sich dafür aus, in dieser Frage Kräfte zu bündeln. In rein sachlicher Hinsicht seien alle im Kreistag der Auffassung, dass es sinnvoll sei, an dieser Stelle eine Ausfahrt für die Deponie zu haben. Es habe in der letzten Zeit bereits viele Gespräche mit den verantwortlichen Personen auch von seiner Fraktion gegeben. Offenkundig seien diese bislang nicht überzeugt worden. Er befürchte daher, dass Initiativen nur eine begrenzte Überzeugungskraft haben würden. Man solle dennoch alles versuchen. Er stellt einen Ergänzungsantrag.

Abgeordnete G. Esch (FWG) unterstützt gern alle Initiativen, die ermöglichen, dass die Ausfahrt offenbleibe. Sie spricht sich auch dafür aus, dass die mit dem Ergänzungsantrag geforderte Einbindung des Landes erfolge. In Asslar sei man permanent aktiv, damit die Abfallentsorgungsanlage weiterhin gut erreicht werden können. Gleichzeitig müsse vermieden werden, dass der Schwerlastverkehr durch die Kernstadt geleitet werde. Landrat und Erster Kreisbeigeordneter seien daher in der letzten Woche beim Regierungspräsidenten vorstellig geworden. Die Ausfahrt werde sowieso für Rettungsfahrzeuge erhalten bleiben. Daher sei nicht nachvollziehbar, warum sie nicht für Deponiefahrzeuge genutzt werden könne.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) sieht es auch als sinnvoll an, dran zu bleiben, obwohl schon sehr viel unternommen worden sei. Die Ausfahrt werde es weiterhin geben, um die Rettungsfahrzeuge passieren zu lassen. Dadurch bestehe die Möglichkeit einer weiteren Nutzung durch die Müllfahrzeuge, ohne dass erst Baupläne geändert werden müssten. Sie freuen sich, dass in dieser Hinsicht alle einig seien.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) bedankt sich für die Einigkeit und Unterstützung. Er verweist darauf, dass es sich um eine Sonderausfahrt für Fahrzeuge handele, die anderweitig nicht fahren könnten und dürften. Die Sonderausfahrt diene dem Zweck der Fahrzeuge. In der Vergangenheit sei zu wenig kontrolliert worden, von wem die Sonderausfahrt genutzt werde. Dadurch seien teilweise zu viele Fahrzeuge dort unterwegs gewesen. Diese Sonderfahrzeuge dürften nicht durch Asslar oder Ehringshausen fahren, sondern müssten die Behelfsabfahrt für Sonderfahrzeuge nutzen. Insoweit gehe es nicht um die Genehmigung einer Ausfahrt, sondern um Belassung einer Behelfsabfahrt für Müllfahrzeuge.

Abgeordnete Kunz (SPD) erklärt zum Hintergrund, dass es möglichst wenige Abfahrten gebe, um zur Unfallvermeidung schnell durch den ländlichen Raum geleitet zu werden. Im Großstädtischen Bereich könne es stattdessen Ausfahrten in kürzeren Abständen geben. Sie plädiert ebenfalls dafür, möglichst großen Druck auszuüben. Die Deponie sei wichtig für den Kreis und die Stadt Asslar, Auswirkungen für die Verkehrssituation würden drohen. Sie hoffe auf einen Erfolg.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** wird der Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP übernommen. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über den CDU-Antrag, einschließlich dieser Ergänzung abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert,

1. Die Bemühungen der Stadt Asslar und ihres Bürgermeisters Christian Schwarz in Bezug auf die Offenhaltung der Deponieausfahrt Behlkopf der A45 zu unterstützen.

2. Selbst offensiv in dieser Frage zu bleiben und dringend weitere Anstrengungen im Sinne einer bürgernahen Lösung vorzunehmen.
3. Bundesverkehrsminister Wissing zu einem Ortstermin einzuladen, damit er sich selbst ein Bild der Situation vor Ort machen kann.
4. *Das Land Hessen wird aufgefordert, den Lahn-Dill-Kreis nachdrücklich beim Erhalt der Deponieausfahrt A45/Behlkopf zu unterstützen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, o Enthaltungen

Zu TOP 31.

Ausstattung THW

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23.06.2023

A-43/2023

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass die antragstellende Fraktion DIE LINKE zur Klärung von Einzelheiten darum gebeten habe, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) schließt die Sitzung des Kreistages um 16:10 Uhr und bedankt sich bei den Abgeordneten für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 28.07.2023

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin



AfD-Kreistagsfraktion Lahn-Dill

Wahlvorschlag der AfD-Fraktion für die am 17.07.2023 im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises stattfindende Wahl der wirtschaftlich/technisch besonders erfahrenen Personen in der Betriebskommission Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Lahn-Dill gem. § 6 Abs.1 d der Betriebssatzung

Wir schlagen als Mitglied

Frau
Esther Mulch
Am Rotdorn 2a
35606 Solms

vor.

Wetzlar, den 15.07.2023

Unterzeichner des Wahlvorschlages

.....
AfD-Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill . Moritz-Hensoldt-Str. 24 . 35576 Wetzlar

Herrn Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender
Kreishaus
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

Wetzlar, 15.05.2023

Alternativantrag zum Antrag der AfD „Resolution Staatsangehörigkeit

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 06.02.2023 zu nehmen.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises spricht sich gegen weite Teile der von der Bundesregierung geplante Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes aus, insbesondere gegen die regelhafte Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, die Absenkung von Einbürgerungserfordernissen und die Abschaffung des Nachweises der Eingliederung an die Lebensverhältnisse in Deutschland. Bestrebungen der Bundesregierung, die Anerkennung der Gleichberechtigung von Mann und Frau als Einbürgerungsvoraussetzungen aufzunehmen, unterstützen wir. Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, sich für die Ablehnung weiter Teile der Reform bei Bund und Land einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Jürgen Irmer
Fraktionsvorsitzender



Herrn Kreistagsvorsitzenden
Johannes Volkmann
Kreistag des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

17.07.2023

Änderungsantrag zu A-34/2023: Einführung eines Smartphone-basierten Rettungssystems

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Volkmann,
wir bitten Sie folgenden Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen aufzurufen:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird gebeten, gemeinsam mit der Leitstelle und den Leistungserbringern im Rettungsdienst, die Einführung von Voraushelferinnen und Voraushelfern zu prüfen, dafür mögliche Systeme zu vergleichen und die finanziellen und personellen Folgen für die Leitstelle aufzuzeigen. Ein entsprechender Bericht und die Vorstellung aus einem Landkreis, in dem dies schon bewährte Praxis ist, soll zur abschließenden Beratung im Umweltausschuss vorgestellt werden.

Begründung:

Im Notfall zählt jede Minute: Sobald ein Herz aufhört zu schlagen, wird der Körper nicht länger mit Sauerstoff versorgt. Ist das der Fall, können Betroffene sehr rasch unumkehrbare Schäden am Gehirn davontragen. Ersthelferinnen und Ersthelfer sind bestenfalls in der Lage, eine Herzmassage vorzunehmen, um die Sauerstoffversorgung des Gehirns aufrechtzuerhalten und die Zeit zu überbrücken, bis der Rettungsdienst vor Ort ist. Auch wenn es – wie im Lahn-Dill-Kreis so oft – gelingt, innerhalb der Rettungsfrist zu bleiben, sind die Minuten bis dahin ausschlaggebend für die mögliche Genesung und das Leben des Patienten/der Patientin. Auch wenn Ersthelferinnen/Ersthelfer vor Ort sind, um die Herzmassage durchzuführen, ist dies unglaublich kräftezehrend.

Um diese Ersthelferinnen/Ersthelfer oder gar Personen, die nicht in der Lage sind, die Herzmassage durchzuführen in der Zeit bis der Rettungsdienst eintrifft, zu unterstützen, gibt es unterschiedliche App-basierte Rettungssysteme, die weitere, ggf. qualifizierte Ersthelferinnen/Ersthelfer aus der näheren Umgebung mobilisieren.

AA: CDU-Fraktion zu A-38

Der Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises wird beauftragt zu berichten, welche Auswirkungen die „Nationale Wasserstrategie des Bundes“ sowie der „Zukunftsplan Wasser“ der Hessischen Landesregierung auf den Lahn-Dill-Kreis haben und welche Maßnahmen davon umzusetzen sind.



Herrn Kreistagsvorsitzenden
Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

17.07.2023

Änderungsantrag zu A41/2023

Der Antrag wird um den folgenden Punkt ergänzt:

4. Das Land Hessen wird aufgefordert, den Lahn-Dill-Kreis nachdrücklich beim Erhalt der Deponieausfahrt A45/Behlkopf zu unterstützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich



Cirsten Kunz
Vorsitzende der SPD-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises



Martina Klement
Vorsitzende der Fraktion
Bündnis90/Die Grünen im
Kreistag des Lahn-Dill-Kreises



Jörg Ludwig
Vorsitzender der FWG-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises



Dr. Matthias Büger
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Kreistag des Lahn-Dill-
Kreises